

KOPIERVORLAGE

CDU HB

Wahlprogramm 1991

Ein politischer Kurswechsel für unser Bundesland



BREMEN
25.5.91
2/201/16-2

Ein politischer Kurswechsel für unser Bundesland

G r u n d s a t z p r o g r a m m

der CDU

für das Land Bremen

Beschlossen auf dem ordentlichen Landesparteitag am 25. Mai 1991

Umweltschutz: Dieses Papier ist hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

I N H A L T

	Seite
Vorwort: "Worum es in der bremischen Politik in den nächsten Jahren geht"	3
I. Durch eine bessere Wirtschafts- und Finanz- politik neue Arbeitsplätze schaffen und die Selbständigkeit Bremens sichern	7
* Die Wirtschaft muß sich wieder auf die Politik verlassen können	7
* Eine gute Infrastruktur schaffen	8
* Ein Stadtmarketing-Konzept vorlegen	9
* Mehr Gewerbeflächen bereitstellen	11
* Den Mittelstand stärken	12
* Bremen zu einem bedeutenden Dienstleistungs- und Technologiestandort ausbauen	13
* Verantwortung als deutscher Hafenstandort stärker wahrnehmen	15
* Arbeitsmarktpolitik verbessern	17
* Verkehrspolitik in Bremen konzeptionell betreiben	18
* Mehr Wohnungen bereitstellen	22
* Eine solide Finanzpolitik betreiben	24
II. Mehr Schutz für unsere Umwelt	26
* Energiepolitik für die Umwelt verantwortbar machen	28
* Luftbelastungen entscheidend reduzieren	30
* Gewässergüte deutlich verbessern	31
* Mit Wasser sparsam umgehen	32
* Die Nordsee schützen	32
* Den Boden schützen und sanieren	33
* Abfälle vermeiden, verwerten und sicher entsorgen	34
* Lärm bekämpfen	35
* Natur und Landschaft schützen	36
III. Mehr Sicherheit für unsere Bürger schaffen	37
* Sich zum Auftrag der Polizei bekennen	38
* Polizei verstärken	38
* Rauschgifthandel und organisierte Kriminalität bekämpfen	39
* Wirtschaftskriminalität wirksam bekämpfen	40
* Asylmißbrauch stoppen	41

IV. Unsere Gesellschaft sozial und human gestalten	42
* Ausreichend Kindergarten- und Hortplätze schaffen	42
* Alleinerziehende unterstützen	43
* Chancen der Frauen verbessern	44
* Gewalt gegen Frauen und sexuellen Mißbrauch von Kindern verhindern	45
* Junge Leute motivieren	46
* Ältere Menschen einbeziehen	48
* Behinderte integrieren	50
* Gesundheitspolitik am Menschen orientieren	51
* Den Sport fördern	55
V. Bildung und Ausbildung verbessern	57
* Gleichmacherei durch Vielfalt ersetzen	58
* Die Schule wieder frei wählen können	59
* Unterrichtsausfall beseitigen	59
* Lehrpläne an den Notwendigkeiten des Lebens orientieren	60
* Grundschüler fördern	60
* In der Orientierungsstufe stärker differenzieren	60
* Die Hauptschule aufwerten	61
* Realschule stärken	62
* Mehr durchgängige Gymnasien einrichten	62
* Schul- und Studienzeiten verkürzen	62
* Schwache und Benachteiligte fördern	63
* Für die berufliche Bildung mehr tun	64
* Die Hochschulen im Lande Bremen leistungsfähiger machen	65
* Der Kultur bessere Chancen geben	67
VI. Verfassung und Verwaltung reformieren	69
VII. Den politischen Kurswechsel auch in Bremerhaven herbeiführen	71

"Worum es in der bremischen Politik in den nächsten Jahren geht"

Die Bürgerschaftswahl am 29. September 1991 findet vor dem Hintergrund umwälzender, historischer Prozesse in Deutschland und Europa statt: Die staatliche Einheit Deutschlands ist vollzogen; jetzt stehen wir vor der Aufgabe, die innere Einheit Deutschlands zu vollenden. In weniger als zwei Jahren haben wir den Europäischen Binnenmarkt, der eine neue Wettbewerbssituation schafft. Das politische und wirtschaftliche System der Länder Osteuropas ist zusammengebrochen. Diese Staaten wenden sich der Europäischen Gemeinschaft zu, das gemeinsame Europa wird größer.

Unserem Bundesland Bremen eröffnen sich durch diese Entwicklungen gute Perspektiven und Chancen. Die Standorte Bremen und Bremerhaven können wichtige Brückenköpfe zu den neuen Bundesländern und nach Osteuropa, aber auch zu den skandinavischen Ländern werden. Leider befindet sich das Bundesland Bremen in einem politischen Zustand, der den neuen Herausforderungen in keiner Weise gerecht wird. Die mehr als 40jährige Herrschaft der SPD in Bremen - gekennzeichnet durch Parteibuchwirtschaft, Filz und immer mehr Skandale - hat das kleinste Bundesland in die schlimmste Krise seit seinem Bestehen geführt. Über 15 Milliarden DM Schulden sind entstanden, die bis 1994 auf mehr als 20 Milliarden DM ansteigen werden. Der finanzielle Zusammenbruch und damit das Ende der Selbständigkeit Bremens stehen bevor, wenn nicht umgehend ein einschneidender politischer Kurswechsel erfolgt. Die Bremer CDU will ihn herbeiführen. Nur ein wirklich neuer Senat kann das kleinste Bundesland vor einem chaotischen Untergang retten und wieder eine langfristige Perspektive entwickeln.

Wir wollen die Selbständigkeit Bremens sichern; sie ist über Jahrhunderte gewachsen. Bremerinnen und Bremer sind stolz auf die Eigenständigkeit ihres Landes und möchten diese gerne erhalten. Bremen ist ein wichtiger Baustein im Mosaik eines föderativen Deutschland. Unser Bundesland blickt auf eine stolze Tradition in der Wahrnehmung maritimer Aufgaben für Deutschland, der wichtigste Grund für die Selbständigkeit. Es ist unser Ziel, daß Bremen seine Aufgaben im wesentlichen aus eigener Kraft erfüllen kann, weil nur dann die Selbständigkeit auf Dauer gesichert bleibt.

Für die Bremer CDU steht deshalb die Schaffung gesunder Finanzen an erster Stelle. Dies ist unverzichtbar, damit wichtige öffentliche Leistungen, zum Beispiel im Bereich von Schule, Sicherheit und Verkehr, auf Dauer gewährleistet werden können. Hierbei ist die Verbesserung der Einnahmenseite der wichtigste Punkt. Voraussetzung dafür ist eine wirtschaftsfreundliche, verlässliche Politik. Dazu gehören nicht nur die unmittelbaren Entscheidungen zur Wirtschaftspolitik, sondern insbesondere auch die sofortige Beendigung der chaotischen Verkehrspolitik und der begabungsfeindlichen Schulpolitik. Neben der Verbesserung der Einnahmen ist eine Verringerung der Ausgaben notwendig. Wenn wir Regierungsverantwortung erhalten, werden wir deshalb einen Kassensturz durchführen und prüfen, welche finanziellen Mittel tatsächlich noch zur Verfügung stehen. Wir werden dann den Bremern sagen, welche Maßnahmen zu finanzieren sind, aber wir werden ihnen auch sagen, welche Maßnahmen zwar wünschenswert wären, aber im Moment nicht zu finanzieren sind.

Das Land Bremen kann erst dann guten Gewissens zusätzliche finanzielle Hilfe vom Bund und anderen Ländern erwarten und fordern, wenn die politisch Verantwortlichen in Bremen selbst alle notwendigen und richtigen Entscheidungen zur Selbsthilfe getroffen haben. Die Bremer CDU wird dieses realisieren, wenn sie durch die Wahl am 29. September Regierungsverantwortung erhält.

Das folgende Programm ist ein Grundsatzprogramm, das zu den wichtigen Fragen bremischer Politik die Positionen der CDU beschreibt. Die in diesem Programm enthaltenen Einzelmaßnahmen stehen alle unter einem Finanzierbarkeitsvorbehalt. Dieses Programm stellt eine langfristige Leitlinie dar, an der sich das politische Handeln der Bremer CDU orientieren soll. Die Realisierung muß schrittweise erfolgen und reicht weit über die nächste Legislaturperiode hinaus. Auf der Basis dieses Grundsatzprogrammes werden wir eine Wahlkampfplattform verabschieden, die sich auf Maßnahmen beschränkt, die in der nächsten Legislaturperiode unter Führung der CDU vorrangig in Angriff genommen werden sollen.

I DURCH EINE BESSERE WIRTSCHAFTS- UND FINANZ-
POLITIK NEUE ARBEITSPLÄTZE SCHAFFEN UND DIE
SELBSTÄNDIGKEIT BREMENS SICHERN

Die wirtschaftliche und finanzielle Situation Bremens und Bremerhavens ist unter jahrzehntelanger SPD-Herrschaft immer schlechter geworden. 1975 lag die Arbeitslosigkeit im Lande noch unter dem Bundesdurchschnitt. Heute ist die Arbeitslosigkeit rund andert-halb mal so hoch wie im Bundesdurchschnitt; ca. 30.000 Menschen sind ohne Beschäftigung.

Um die wirtschafts- und finanzpolitischen Probleme der Städte Bremen und Bremerhaven zu lösen und die Arbeitslosigkeit endlich erfolgreich bekämpfen zu können, muß eine Wende in der Wirtschafts- und Finanzpolitik eingeleitet werden.

Wir fordern eine gründliche Neubesinnung für Bremen und Bremerhaven - die Neubesinnung auf die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft, die unser Land nach dem Kriege großgemacht hat. In einer marktwirtschaftlichen Ordnung lösen sich die vielfältigen Interessenkonflikte des wirtschaftlichen Alltags schneller und harmonischer als durch staatliche und bürokratische Lenkung. Individuelle Entscheidungsfreiheit und Verantwortlichkeit, Tarifautonomie, privates Eigentum, Wettbewerb und freie Preisbildung - das waren und sind die bestimmenden Elemente unserer erfolgreichen Politik seit Ludwig Erhard.

DIE WIRTSCHAFT MUß SICH WIEDER AUF DIE POLITIK VERLASSEN KÖNNEN

Die wirtschaftliche Attraktivität unseres Zwei-Städte-Staates wird wesentlich durch das allgemeine Klima, welches durch politische Verhaltensweisen und Entscheidungen erzeugt wird, beeinflusst. Ein schlechtes Schulsystem schadet der Attraktivität eines Standortes ebenso wie eine schlechte Ver-

kehrsinfrastruktur oder zu hohe Gewerbesteuern.

Die Politik hat die Aufgabe, durch Gesetzgebung und politische Entscheidungen, auf die man sich verlassen kann, das Vertrauen privater Investoren zu stärken, ihnen das Rechnen und das Investieren zu ermöglichen, kurz, durch vertrauensbildende Maßnahmen Unternehmer zum Handeln zu ermutigen. Wir wollen, daß sich die Wirtschaft in Bremen und Bremerhaven wieder auf die Politik verlassen kann. Dann wird es wirtschaftlich mit unseren beiden Städten wieder bergauf gehen.

Wir werden dafür sorgen, daß sich das Klima zwischen Politik und Wirtschaft in Bremen verbessert und wirtschaftlichen Fragestellungen und Belangen ein höherer Stellenwert als bisher eingeräumt wird.

EINE GUTE INFRASTRUKTUR SCHAFFEN

Wir werden dafür Sorge tragen, daß der Wirtschaft eine funktionsfähige Infrastruktur zur Verfügung gestellt wird. Dazu gehören insbesondere ein leistungsfähiges Verkehrssystem, ein ausreichendes Flächenangebot, ein breitgefächertes und offenes Schul- und Bildungssystem sowie ein attraktives Freizeit- und Kulturangebot.

Die Leistungsfähigkeit der Städte Bremen und Bremerhaven hängt unmittelbar von der Attraktivität des Angebots ab, mit dem sie ihre Funktion als Oberzentren für die jeweilige Region erfüllen. Diese Regionen müssen künftig verstärkt als Einheit betrachtet werden. Wir wollen eine Politik betreiben, die mehr Käufer in unsere Städte führt.

Wir wollen alle verkehrsplanerischen Maßnahmen mit Hilfe eines Gesamtkonzeptes koordinieren. Die City ist auf den Besucher- und Wirtschaftsverkehr angewiesen. Die Menschen müssen die Innenstadt sowohl mit dem Auto als auch mit den öffentlichen Verkehrsmitteln erreichen können.

EIN STADTMARKETING-KONZEPT VORLEGEN (Bremerhaven siehe Bremerhaven-Teil)

Die Bremer Innenstadt muß für die Besucher erreichbar bleiben. Deshalb werden wir eine Innenstadtkonzeption verwirklichen, die einerseits die Fußgängerzonen in der Altstadt ausweitet, andererseits aber die Hauptverkehrsstraßen zur Innenstadt funktionsfähig erhält. Wir verfolgen weiterhin das Ziel, daß in der Innenstadt genügend Parkhäuser zur Unterbringung des ruhenden Verkehrs erhalten bleiben. Die Innenstadt wird aber nicht nur dadurch attraktiver, daß sie für die Menschen bequem erreichbar ist. Die Innenstadt muß noch erlebnisreicher werden. Wir treten dafür ein, daß die Innenstadt städtebaulich durch die Schaffung zusätzlicher Fußgängerzonen und durch mehr Grün an Straßen und Plätzen attraktiv gestaltet wird. Die Weser muß als Lebensader Bremens stärker herausgestellt werden. Dazu werden wir die Schlachte neu gestalten und zusätzliche Fußgängerverbindungen mit dem Innenstadtkern schaffen. Weiterhin werden wir die Verbindungen zum Ostertorviertel und zum Faulenquartier ausbauen, um auch diese

Der SPD-Senat hat 20 Millionen DM für einen "toten" Domshof verschleudert.

Gebiete enger an die Innenstadt heranzuführen. Wir werden die Bahnhofsvorstadt in ein solches Innenstadtkonzept einbeziehen. Dazu gehört auch eine neue Gestaltung des Bahnhofsplatzes.

Wir wollen das Fremdenverkehrsgewerbe durch ein besseres Marketing unterstützen. Wir wollen, daß Bremen zu einem bedeutenden Messtandort im Nordwesten Deutschlands wird. Dazu ist es erforderlich, Veranstaltungen mit lokaler, regionaler, überregionaler und internationaler Bedeutung zu organisieren. Die Angebotsfelder müssen Verbraucherveranstaltungen, Leistungs- und Gewerbeschauen, Fachaussstellungen und Fachmessen, Tagungen und Kongresse mit und ohne Ausstellungen sowie Sport- und Kulturveranstaltungen umfassen. Durch den Aufbau einer Messegesellschaft werden wir die Umsetzung des Konzeptes unterstützen.

Das kulturelle Angebot erlangt zunehmende Standortbedeutung für Unternehmen und deren Mitarbeiter; dieser Faktor wird damit zur wichtigen Rahmenbedingung für die Entwicklung der Städte Bremen und Bremerhaven. Wir werden im Rahmen eines neuen Kulturkonzeptes (siehe Kapitel Kulturpolitik) Prioritäten setzen, die sich an standortpolitischen Anforderungen ausrichten.

Ein Stadtmarketing-Gesamtkonzept muß aber auch darauf achten, daß die Nebenzentren attraktiver gestaltet und in ihrer Lebensqualität gestärkt werden. In diesen werden wichtige soziale und ökonomische Funktionen für die wohnortnahe Versorgung erfüllt.

Wir wollen eine Stärkung des Mittelzentrums Bremen-Nord. Die Dienstleistungsangebote in diesem Bezirk müssen ausgebaut und der Vegesacker Hafen für den Tourismus umgestaltet und erschlossen werden. Die Verkehrsbedingungen zwischen Bremen und Bremen-Nord sind zu verbessern.

MEHR GEWERBEFLÄCHEN BEREITSTELLEN

Wenn Bremen will, daß alle Unternehmen im Land bleiben und neue hinzukommen, muß es in ausreichendem Maße verfügbare Gewerbeflächen anbieten können. Darum muß Bremen Flächen vorhalten.

Wir werden dafür sorgen, daß Unternehmen in Bremen ausreichend Gewerbeflächen zur Verfügung gestellt werden.

Die SPD und der Senat haben auf die Gewerbefläche Nieder- und vieland III verzichtet.

In einem ersten Schritt werden wir das Nidervieland III und die Hemelinger Marsch als Gewerbeflächen ausweisen. Wir werden den Gewerbepark Klöckner-West und andere geeignete Industriebrachen einer gewerblichen Nutzung zuführen.

Zur weiteren Entwicklung des Technologieparks Universität Bremen werden wir sicherstellen, daß für innovative und auf Universitätsnähe angewiesene Unternehmen ausreichend ergänzende Flächen zur Verfügung stehen.

In der Vergangenheit haben viele Betriebe das Land Bremen verlassen, weil unsere beiden Städte ihnen keine geeigneten Grundstücke zur Verfügung gestellt haben.

Ansässige Betriebe benötigen immer wieder auf Grund veränderter Verkehrs- und Siedlungsstrukturen oder notwendiger Erweiterungen neue Betriebsgrundstücke.

Wir werden diesen Betrieben, die im Lande Bremen bleiben möchten, bei der Umsiedlung helfen, so daß sie im Lande Bremen bleiben können.

Wir wollen insbesondere in gewachsenen Strukturen ein Nebeneinander von Wohnen und Arbeiten erhalten. Dieses ist durch die Ausweisung von Mischgebieten erreichbar, die den bestehenden Betrieben Zukunftschancen offenhalten.

DEN MITTELSTAND STÄRKEN

Die Vergangenheit hat gezeigt, daß Bremen sich nicht einseitig auf die Stärke einzelner Unternehmen verlassen darf. Nur eine Vielzahl kleinerer und mittlerer gesunder Unternehmen kann unserem Land die notwendige wirtschaftliche Stabilität geben. Die ökonomischen Schwierigkeiten der vergangenen Jahre haben gezeigt, daß mittelständische Unternehmen risikobereiter, beweglicher und weniger krisenanfällig sind als Großunternehmen. Der Mittelstand ist die wesentlichste Stütze der Bremer Wirtschaft. Er stellt 65 % aller Arbeitsplätze und 85 % aller Ausbildungsplätze zur Verfügung.

Die Mittelstandspolitik ist ein Kernstück unserer wirtschaftspolitischen Zielsetzung zur Erhaltung und Stärkung der Wirtschaftskraft und letztlich der Selbständigkeit unseres Landes. Wir wollen die Rahmenbedingungen dafür schaffen, daß der Anteil kleinerer und mittlerer Unternehmen an der bremischen Wirtschaft steigt. Wir wollen - gemeinsam mit der Wirtschaft - eine spezielle Mittel-

standsberatung und ein Institut für Mittelstandsforschung einrichten, das die Probleme mittelständischer Unternehmen analysiert und Lösungsmöglichkeiten anbietet.

Die Vereinigung Deutschlands, die Westöffnung Osteuropas und die Vollendung des europäischen Binnenmarktes ab 1993 bieten günstige Perspektiven für die Stärkung Bremens und Bremerhavens und damit zugleich für den bremischen Außenhandel. Wir werden entsprechende Aktivitäten bremischer Unternehmen nachhaltig unterstützen.

BREMEN ZU EINEM BEDEUTENDEN DIENSTLEISTUNGS- UND TECHNOLOGIESTANDORT AUSBAUEN

Dienstleistungen werden immer wichtiger. Expandierende Branchen wie Umweltschutztechnik, Weiterbildung, Software-Entwicklung, Unterhaltungs- und Freizeitangebote, Pflege- und Gesundheitswesen, Werbung, Design und neuartige Finanzdienstleistungen, bieten neue Arbeitsplätze und steigende Einkommen.

Bremen und Bremerhaven brauchen mehr Unternehmen der Zukunftstechnologien. Wir wollen deshalb den Ausbau der vorhandenen Angebote an Einrichtungen für Forschung, Entwicklung und neuen Technologien vorantreiben. Insbesondere gilt es, vorhandene Chancen in den Bereichen Meerestechnik, Produktionstechnik, Raumfahrt, Umwelttechnik, Seehafentechnologie und Transporttechnik zu nutzen, da Bremen gerade in diesen Bereichen bereits Potentiale besitzt. Dies ist auch deshalb erforderlich, weil mit modernen Technologien die Folgen der Rückführung der Wehrtechnik besser aufgefangen werden können.

In einem marktwirtschaftlichen System sind notwendige Umstrukturierungen in der Industrie vor allem Aufgabe der betroffenen Unternehmen selbst. Dies gilt auch für die Umwandlung von Kapazitäten zur Herstellung militärischer Güter in solche für den zivilen Bedarf. Wir sehen im Prozeß der Abrüstung nicht nur eine große Chance für den Frieden, sondern auch die Möglichkeit, wirtschaftliche Ressourcen, die bisher für militärische Aufgaben gebunden waren, künftig für andere Bereiche einzusetzen. Durch die Veränderung in der militärischen Produktion sind jedoch für eine Übergangszeit sektorale Anpassungsschwierigkeiten zu erwarten. Wir setzen uns deshalb dafür ein, daß in der Gemeinschaftsaufgabe "Regionale Wirtschaftsstruktur" ein Sonderprogramm für die Umstellung solcher Industriezweige auf die Produktion anderer Güter aufgelegt wird. Die Fördermittel eines solchen Programms sind je zur Hälfte aus Bundes- und Landesmitteln aufzubringen.

Wir wollen die Luft- und Raumfahrtindustrie in Bremen langfristig sichern und stärken. Hierzu gehört auch ein klares "Ja" zur bemannten Raumfahrt. Diese Industrien sind als technologisch hochstehender und innovations-trächtiger Bereich national und international besonders wichtig. Wir setzen uns dafür ein, daß der Standort Bremen an der Entwicklung und Produktion der Flugzeuge der Airbus-Familie angemessen beteiligt wird. Wir sind für den weiteren Ausbau der Nachrichtensatelliten-Technologien und ihrer Nutzung.

Mit dem Zentrum für angewandte Raumfahrt-technologie und Mikrogravitation (ZARM), der

Deutschen Airbus und anderen Industrieunternehmen weist Bremen ein großes Entwicklungspotential auf. Wir wollen die Bereiche Luft- und Raumfahrtwesen an der Universität Bremen und den angegliederten Instituten durch eine enge Kooperation mit der Raumfahrtindustrie in der Region stärken.

Die Ergebnisse von Forschung, Entwicklung und Produktionstätigkeiten des Luft- und Raumfahrzeugbaus werden es ermöglichen, im Zusammenwirken mit Wissenschaftsförderung, Existenzgründungen und Unternehmensinvestitionen neue Produktpaletten, neue Betriebe und neue Arbeitsplätze in Bremen entstehen zu lassen. Wir werden diesen Prozeß unterstützen, um Bremen schnell zu einem Hightech-Zentrum in Deutschland zu machen.

Wir werden unverzüglich eine Sachverständigenkommission einberufen, die kurzfristig Entscheidungsgrundlagen erarbeiten soll, wie die in Bremen und Bremerhaven vorhandenen Kapazitäten ausgebaut und besser genutzt werden können.

VERANTWORTUNG ALS DEUTSCHER HAFENSTANDORT STÄRKER WAHRNEHMEN

(Aussagen zu den Häfen in Bremerhaven siehe Bremerhaven-Teil)

Wir wollen die Schiffbaustandorte Bremen und Bremerhaven sichern. Solange internationale Wettbewerbsverzerrungen im Schiffbau sowie in der Seeschifffahrt anhalten, sind staatliche Hilfen erforderlich. Wir unterstützen Bemühungen der Schiffbauindustrie, durch die Nutzung des technischen Fortschritts und durch Diversifizierungen die Unternehmen und deren Arbeitsplätze zu sichern und auszubauen.

Wir werden bis zur sicheren Abschätzung der Entwicklungen in den neuen Bundesländern und in Osteuropa alle Expansions- und Umstrukturierungsoptionen am Standort Bremen offenhalten. Dazu gehört auch die Option auf ein neues Hafenbecken (Becken III) im Neustädter Hafen. Zur Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit der Häfen werden wir sicherstellen, daß die notwendigen Mittel für Unterhaltungs-, Sanierungs-, Erneuerungs- sowie für Neuinvestitionen bereitgestellt werden. Dazu gehört insbesondere die Erweiterung des Container-Terminals in Bremerhaven.

Wir werden eine funktionsfähige Verkehrsanbindung der Hafengebiete, des Güterverkehrszentrums und anderer Gewerbegebiete an das regionale und überregionale Verkehrsnetz realisieren. Die Planung der Bundesautobahn-Eckverbindung A 281 zunächst in dem Abschnitt zwischen dem Güterverkehrszentrum und der Bundesautobahn A 1 wird durch uns veranlaßt werden, so daß der Bau gemäß Bundesverkehrswegeplan durchgeführt werden kann.

Bei der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans setzen wir uns dafür ein, daß die Verbesserung der Straßenverbindungen in den sächsisch-thüringischen Raum durch die Schließung von Autobahnlücken und die Schließung der bestehenden Ausbaulücke der Schienenverbindung auf der Strecke Emden - Bremen - Langwedel - Uelzen - Salzwedel - Stendal - Berlin/Magdeburg hohe Priorität erhalten.

Wir werden uns auch dafür einsetzen, daß die Binnenschifffahrt in das Verkehrskonzept des

Bundes stärker eingebunden wird. Der Mittel-landkanal muß durch den Bau einer Trogbrücke und eines Schiffshebewerkes an den Elbe-Havel-Kanal angeschlossen werden. Durch die Stauregulierung der Elbe oberhalb Magdeburgs soll ein leistungsfähiger Wasserstraßenanschluß zu den Industriegebieten Sachsens und Thüringens hergestellt werden.

Wir werden die innovativen Seehafentechnologien in den Hafengruppen Bremen und Bremerhaven weiterentwickeln und verstärken.

Der Flughafen Bremen hat neben den nassen Häfen eine große Bedeutung als Standortfaktor für die bremische Wirtschaft und die ansiedlungswilligen Unternehmen. Nicht nur die Direkt- und Zubringerverbindungen im Linienverkehr, sondern auch der zunehmende Fracht- und Charterverkehr unterstreichen die Bedeutung Bremens als Oberzentrum in Norddeutschland. Wir unterstützen alle Bemühungen, die das Ziel haben, die Zubringerdienste zu den Luftverkehrskreuzen Europas zu verbessern bzw. einzurichten.

Wir wollen, daß der Flughafen Bremen stets voll funktionsfähig und sicher ist. Auch werden wir die bedarfsorientierte Entwicklung in baulicher Hinsicht, die verkehrsmäßige Anbindung und den notwendigen Ausbau seiner Infrastruktur vorantreiben.

ARBEITSMARKTPOLITIK VERBESSERN

Eine auf die Förderung von Wirtschaftswachstum ausgerichtete bremische Wirtschafts- und Finanzpolitik ist Grundvoraussetzung für mehr Arbeits- und Ausbildungsplätze. Weitere

Maßnahmen müssen hinzukommen. So sind zum Beispiel die Arbeitszeiten flexibler zu gestalten. Der öffentliche Dienst und die öffentlichen Unternehmen müssen hier beispielhaft vorangehen, insbesondere bei der Schaffung von zusätzlichen sozialversicherungspflichtigen Teilzeitarbeitsplätzen.

Die Strukturen im Bereich der Arbeitsförderung sind in Bremen mittlerweile nicht mehr nachvollziehbar. Anstelle der Förderung von Benachteiligten tritt immer mehr die Verwaltung der Arbeitslosigkeit.

Durch eine Neustrukturierung und Straffung im Bereich der Arbeitsförderung, beispielsweise durch die Auflösung des Arbeitsförderungsentrums, werden wir erreichen, daß sich Fördermaßnahmen vor allem auf die individuelle Aus- und Weiterbildung der Arbeitnehmer konzentrieren, so daß eine verstärkte Qualifizierung erfolgt. Ein besonderes Augenmerk werden wir auf die Förderung besonders Benachteiligter, wie Langzeitarbeitsloser und Schwerbehinderter, legen.

Wir werden gegen illegale Beschäftigung vorgehen. Illegale Beschäftigung ist sozial schädlich, vernichtet legale Arbeitsplätze und verhindert die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Illegalen Arbeitnehmerverleihern muß das Handwerk gelegt werden. Wir werden die für die Bekämpfung der illegalen Beschäftigung zuständigen Behörden personell und materiell so ausstatten, daß sie ihre Aufgaben erfüllen können.

VERKEHRSPOLITIK IN BREMEN KONZEPTIONELL BETREIBEN

Wir werden eine umfassende Verkehrskonzeption erstellen und umsetzen. Dabei muß es Prioritäten geben, weil nicht alles auf einmal realisiert werden kann. Wir wollen die Maßnahmen in Angriff nehmen, die unter Ko-

Es gibt in der bremischen Verkehrspolitik erhebliche Versäumnisse. Sowohl für den Berufsverkehr als auch für den Wirtschaftsverkehr fehlt ein leistungsfähiges Verkehrssy-

stem. Ganze Stadtteile ersticken mittlerweile am Verkehr. Die Menschen leiden unter Lärm, Abgasen und Staus. Es fehlt nach wie vor ein mit dem Umland abgestimmtes Verkehrskonzept. Keine vergleichbare Großstadt in der bisherigen Bundesrepublik Deutschland hat den öffentlichen Personennahverkehr so vernachlässigt wie Bremen.

sten-Nutzen-Gesichtspunkten die verkehrspolitisch größtmögliche Effektivität bringen. Wir verfolgen dabei das Ziel, daß aus dem Gegeneinander von öffentlichem Personennahverkehr und Individualverkehr ein Miteinander wird. Wir wollen das Angebot des ÖPNV stärken. Wir haben mit unseren "Leitlinien der CDU zur Verkehrspolitik in der Stadtgemeinde Bremen" konkrete Vorschläge erarbeitet.

Durch die Erhöhung der Attraktivität des ÖPNV kann der Individualverkehr, insbesondere durch eine Verlagerung des Berufsverkehrs auf die Schiene, drastisch reduziert werden. Damit werden für den Wirtschaftsverkehr Freiräume im bestehenden Verkehrsnetz geschaffen.

Da sowohl Teile des Personenverkehrs als auch des Güterverkehrs nicht auf die Schiene verlagert werden können, ist das Netz der regionalen Hauptverkehrsstraßen mit einer Anbindung an die überregionalen Verkehrsstraßen auszubauen.

Deshalb wollen wir den "Hemelingen Tunnel" realisieren. Wir wollen weiterhin die Bundesautobahn A 281 als Verbindung zwischen der Bundesautobahn A 27 und der Hansalinie (BAB A 1). Kurzfristig können die Kreuzungen an der Neuenländer Straße kreuzungsfrei umgebaut werden.

Wir wollen die B 74 von Blumenthal bis Farge verlängern. Wir fordern, daß die Eckverbindung zwischen der A 27 und der B 74 sofort gebaut wird.

Buslinien, die parallel zur Straßenbahn fahren, sind unwirtschaftlich. Solange sie aber wegen des nicht verlängerten Straßenbahnnetzes benötigt werden, sind die Buslinien auf die Straßenbahnschienen zu verlagern. Weiterhin wollen wir durch verkehrslenkende Maßnahmen und durch eine bessere Ampelsteuerung die Verkehrswege optimieren.

Zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs hat für uns die Schaffung eines S-Bahn-Netzes oberste Priorität. Nur die schienengebundene Schnellbahn gewährleistet den Autofahrern ein so attraktives Angebot, daß sie vom Auto auf den öffentlichen Personennahverkehr umsteigen. Dies gilt insbesondere für den Berufsverkehr.

Wir wollen deshalb als erste Maßnahme eine S-Bahn von Farge bis Verden schaffen. Als weitere Schritte sind die Strecken von Delmenhorst bzw. Ihdinghausen bis Rotenburg und von Bassum bis Osterholz-Scharmbeck in Angriff zu nehmen.

Außerdem wollen wir das Netz der Straßenbahnen ausbauen. Mit der Verlängerung der Linie 6 bis Borgfeld/Lilienthal wollen wir die Universität, den Technologiepark und die Wohngebiete in Horn-Lehe anbinden sowie das neue Gewerbe- und Wohngebiet im Hollerland erschließen. Wir wollen die Straßenbahnlinie 2 einerseits bis Osterholz-Tenever, andererseits bis zum Bahnhof Oslebshausen verlängern.

Wir wollen das Busnetz zu einem Zubringersystem zu S-Bahn und Straßenbahn umgestalten. Wir wollen die zum großen Teil veralte-

ten Fahrzeuge der Bremer Straßenbahn AG erneuern. Mit der Anschaffung weiterer Fahrzeuge werden wir eine höhere Taktfrequenz ermöglichen. Zusätzlich werden wir den Nachtverkehr ausweiten.

Der SPD-Senat will die Autofahrer mit Schikanen in den ÖPNV zwingen. Autofahrer werden infolge der Einengung der Hauptverkehrsstraßen in Staus gezwungen, müssen Schleichwege fahren und Umwege in Kauf nehmen.

Wir werden die Straßenmalereien beseitigen und die Schikanen gegen die Autofahrer beseitigen. Wir erreichen damit auch, daß die Belastung der Wohnviertel durch unnötigen Verkehr reduziert wird. Außerdem werden dadurch Geschäfte wieder erreichbar und somit nicht mehr in ihrer Existenz gefährdet sein.

Wir wollen Park-and-Ride-Plätze am Stadtrand realisieren, damit das Umsteigen auf den öffentlichen Personennahverkehr gerade auch vom Berufsverkehr genutzt werden kann.

Das Fahrrad ist insbesondere für kürzere Entfernungen ein bequemes und darüber hinaus ein umweltfreundliches Verkehrsmittel. Wir wollen das Fahrradwegenetz schrittweise so ausbauen, daß auch das Erreichen der Innenstadt mit dem Fahrrad attraktiv und sicher möglich ist. An geeigneten Haltestellen des ÖPNV sollen Abstellgelegenheiten für Fahrräder eingerichtet werden.

Der Senat hat rund 100 Millionen DM, die der Bund Bremen für die Förderung des ÖPNV zur Verfügung gestellt hat, nicht abgerufen.

Zur Finanzierung dieser Maßnahmen werden wir alle zur Verfügung stehenden Bundesmittel abrufen.

Das Hauptverkehrsstraßennetz muß funktionsfähig sein, damit Schleichverkehr durch Wohngebiete vermieden wird. Wo Verkehrsberuhigungsmaßnahmen wie Zonengeschwindigkeitsbegrenzungen oder die Schaffung verkehrsberuhigter Bereiche in Wohngebieten

durchgeführt werden, wollen wir diese mit den Anwohnern abstimmen, so daß die Akzeptanz sichergestellt wird.

Wir werden die Zuständigkeiten in der Verkehrspolitik im Senat und bei den Behörden bündeln.

MEHR WOHNUNGEN BEREITSTELLEN

Wenn unser Zwei-Städte-Staat auf die Dauer als Bundesland überleben will, dann müssen die Menschen, die in Bremen und Bremerhaven leben möchten, dort auch wohnen und arbeiten können. Wesentliche Voraussetzung dafür sind ausreichende Wohnungsbau- und Gewerbeflächen.

Auch unter finanziellen Gesichtspunkten ist es für Bremen und Bremerhaven äußerst wichtig, daß ihre Einwohnerzahl nicht weiter abnimmt. Für die Steuereinnahmen des Landes ist die Zahl seiner Einwohner wegen des bundesweiten Finanzierungsausgleichs entscheidend. Jeder zusätzliche Einwohner bedeutet im Jahre 1991 für unser Bundesland eine zusätzliche Einnahme von 6.300 DM.

Versäumnisse der Vergangenheit haben in bestimmten Bereichen zu akutem Wohnungsmangel geführt. Es fehlen vor allem preiswerte Mietwohnungen für kinderreiche Familien, aber auch für Alleinerziehende. Wir wollen dafür sorgen, daß im Lande Bremen wieder mehr Wohnungen gebaut werden.

Neben dem sozialen Mietwohnungsbau wollen wir Eigentumsmaßnahmen fördern. Wir wissen, daß nach wie vor viele Bremerinnen und Bre-

Menschen und Betriebe haben Bremen vor allem deswegen verlassen, weil ihnen keine geeigneten Wohnungsbau- und Gewerbeflächen zur Verfügung gestellt worden sind.

In den letzten 20 Jahren hat das Land Bremen etwa 65.000 Einwohner verloren. Dieser Wanderungsverlust hat das Land mehrere 100 Millionen DM Steuereinnahmen gekostet.

mer den Wunsch haben, in ihren eigenen vier Wänden zu wohnen. Wenn wir diesen Wunsch unterstützen, helfen wir gleichzeitig denen, die eine Mietwohnung suchen. Denn die meisten Menschen, die ein eigenes Haus oder eine eigene Wohnung beziehen, machen eine Mietwohnung für andere frei.

Der von der SPD zu verantwortende geltende Flächennutzungsplan enthält schwere Nachteile zum Schaden Bremens. Er genügt nicht den heutigen Anforderungen an eine moderne Stadtentwicklung.

Die Verdrängung kleiner und mittlerer Betriebe aus Mischgebieten war ein schwerer Fehler der SPD-Planungen.

Gerade im Wohnungsbau ist Zeit Geld. Die erforderlichen Planverfahren dauern zu lange.

Wenn wir unsere Ziele: mehr Menschen, mehr Wohnungen, mehr Gewerbe, vernünftige Verkehrsanbindung bei gleichzeitig bestmöglichem Schutz unserer Umwelt erreichen wollen, dann brauchen wir für die Stadt Bremen einen neuen Flächennutzungsplan, damit Wohnungsbau, Verkehr, Gewerbeansiedlung und Umweltschutz wieder in den erforderlichen Gesamtzusammenhang gebracht werden können.

Wir wollen, daß Wohnen und Arbeiten wieder nebeneinander möglich wird. Eine entsprechende Ausweisung im Flächennutzungsplan reduziert den Berufsverkehr, schützt die Umwelt und ermöglicht es gerade kleineren Betrieben, in Bremen zu bleiben.

Im Baubereich sind eine Reihe organisatorischer Entscheidungen erforderlich. Bremen braucht ein voll handlungsfähiges Bauresort, das für die gesamte Bauleitplanung, also für Flächennutzungs- und Bebauungsplanung, zuständig ist. Der Hafensenator kann nicht gleichzeitig Bausenator sein.

Katasterverwaltung und planende Ämter müssen ihre Aufgabe erfüllen können, die wesentlich darin besteht, in ausreichendem Umfang Flächen zu beplanen, damit diese rechtzeitig für Wohnungsbau und Gewerbe zur Verfügung stehen. In diesem Zusammenhang wollen wir,

daß Planungsaufgaben vermehrt an Private übertragen werden. Die Baugenehmigungsverfahren sind zu vereinfachen und zu beschleunigen.

Durch eine Änderung der Bau-nutzungsverordnung hat die Bundesregierung die Schaffung zusätzlicher Wohnungen durch Ausbaumaßnahmen im Bestand erleichtert.

In Bremen wollen wir rechtliche Nachfolgeregelungen, die die positiven Möglichkeiten der Baunutzungsverordnung ausschöpfen. So wollen wir im Zusammenhang mit Ausbaumaßnahmen das Ortsgesetz für die Ablösebeträge für Kfz-Einstellplätze novellieren, damit das Entstehen zusätzlichen Wohnraumes nicht durch den gleichzeitigen Zwang, teure Parkplätze zu schaffen, verhindert wird.

Flächen sind - vor allen Dingen in einem Zwei-Städte-Staat - ein wertvolles und begrenztes Gut. Deswegen wollen wir flächensparende beispielhafte Bau- und Wohnformen (z.B. Bremer Haus) nachhaltig fördern. Neben der Ausweisung neuer Flächen für den Wohnungsbau wollen wir die konsequente Bebauung von Baulücken fördern sowie eine Arrondierung vorhandener Siedlungsräume vorantreiben.

EINE SOLIDE FINANZPOLITIK BETREIBEN

Die zerrütteten Finanzen Bremens wieder zu ordnen und auf eine verantwortbare Grundlage zu stellen, ist nicht nur die schwierigste, sondern mit Sicherheit auch die langwierigste Aufgabe zukünftiger bremischer Politik. Diese Aufgabe verlangt neben einer veränderten Haushalts- und Finanzpolitik einen grundlegenden Kurswechsel der Gesamtpolitik in Bremen. Vor einem Neuanfang muß eine redliche Bestandsaufnahme über die wirkliche finanzielle Lage stehen.

Die SPD hat unseren Zwei-Städte-Staat total heruntergewirtschaftet. Die Gesamtverschuldung Bremens hat sich seit 1970 verfünffacht. Bremen hat Ende 1991 mit 23.300 DM die mit Abstand höchste Pro-Kopf-Verschuldung aller Bundesländer.

Die öffentlichen Haushalte in Bremen und Bremerhaven haben zum Ende 1990 einen Schuldenberg von 15 Milliarden DM aufgehäuft. Jährlich wird mittlerweile rund 1 Milliarde DM an neuen Schulden aufgenommen, die aber für Zinsen benötigt werden und somit an anderer Stelle fehlen.

So nötig Sparmaßnahmen sind, entscheidend für die Finanzlage Bremens ist jedoch die Verbesserung der Einnahmen. Wir wollen dies dadurch erreichen, daß mehr Menschen und mehr Betriebe in Bremen ansässig sind und somit ihre Steuern hier bezahlen (siehe dazu auch die Kapitel Wirtschaft, Verkehr, Wohnungsbau). Wir werden die Einnahmen Bremens auch dadurch verbessern, daß wir entbehrliches Staatsvermögen veräußern.

Die von der SPD vor allem in den 70er Jahren vorgenommene Aufblähung des öffentlichen Dienstes hat wesentlich zur Verschuldung beigetragen. Trotzdem will die SPD den öffentlichen Sektor weiter ausweiten.

Wir wollen den Anteil der Personalausgaben am Gesamthaushalt im Rahmen der Fluktuation weiter reduzieren. Entscheidend ist, daß die Zahl der öffentlichen Bediensteten in Zukunft den unverzichtbar vom Staat zu leistenden Aufgaben entspricht. Wir werden keine planlosen und globalen Einsparungen vornehmen, sondern aufgabenkritisch ein in sich schlüssiges, abgestimmtes Konzept verfolgen, das in Teilbereichen auch Neueinstellungen einschließt.

Der Weg der Entstaatlichung und Entkommunalisierung nicht hoheitlicher Aufgaben wird von uns konsequent beschritten (zum Beispiel weitere Verselbständigung der kommunalen Krankenhäuser, Behördendruckereien, Teilaufgaben der Hochbauämter, Abfall- und Abwasserentsorgung). Wir werden den gesamten Bereich öffentlicher Tätigkeit mit dem Ziel durchforsten, staatliche Tätigkeit abzubauen oder an private bzw. freigemeinnützige Träger zu übertragen.

Wir werden auch zukünftig berechnete Interessen Bremens gegenüber den anderen Bundesländern und gegenüber dem Bund im Zusammenhang mit dem Länderfinanzausgleich und der Bundesergänzungszuweisung vertreten.

II. MEHR SCHUTZ FÜR UNSERE UMWELT

Viele Umweltbelastungen machen weder an regionalen noch an internationalen Grenzen halt. Wir fügen deshalb die umweltpolitischen Aussagen für das Land Bremen in die erforderlichen nationalen und internationalen Umweltforderungen ein.

Unsere Verantwortung gegenüber allen Mitbürgern und den kommenden Generationen gebietet es, die natürlichen Lebensgrundlagen vor nachhaltigen Veränderungen und Schäden zu bewahren.

Eingriffe des Menschen in die Vielfalt der Natur können nicht abzuschätzende Folgen haben. Der Schutz der Umwelt ist eine vordringliche politische Aufgabe, weil in der Vergangenheit aus Umweltbelastungen viele Gefahren und Probleme entstanden sind, die entweder nicht rechtzeitig erkannt oder nicht konsequent bekämpft wurden. Die Schäden an unseren Wäldern, an Kunst- und Bauwerken, die Verluste an wildlebenden Pflanzen- und Tierarten sowie die Gefährdung unserer Gesundheit durch verunreinigte Luft, Gewässer und Böden zwingen zum schnellen Handeln.

Umweltschutz geht alle an. Viele Mitbürgerinnen und Mitbürger verhalten sich schon heute in ihrem täglichen Leben umweltgerecht. Dieses Umweltbewußtsein muß weiter gestärkt werden. Umweltschutz kann nicht allein durch Gesetze verordnet werden, sondern

wird nur dann erfolgreich sein, wenn sich in der Bevölkerung die Bereitschaft zum verantwortungsvollen Umgang mit unserer Umwelt weiter entwickelt. Deshalb werden wir dafür sorgen, daß auch die Schule im Rahmen ihres Bildungs- und Erziehungsauftrages ihren Beitrag dazu leistet.

Wir wollen Ökonomie und Ökologie versöhnen. Dies kann die ökologische und Soziale Marktwirtschaft durch das Fördern des wirtschaftlichen Eigeninteresses für mehr Umweltschutz am besten. Umweltschutz muß von der Wirtschaft als Herausforderung verstanden werden. Wir wollen die Kreativität und das Eigeninteresse der Wirtschaft für den Umweltschutz nutzen und die Marktkräfte für die Erhaltung der Umwelt aktivieren.

Auch im Umweltschutz gilt: Vorbeugen ist besser und billiger als Reparieren. Wir treten dafür ein, daß zukünftig im Lande Bremen im Umweltschutz nicht nur reagiert wird, sondern daß Umweltschäden von vornherein vermieden werden. Wir werden das Vorsorgeprinzip zur Geltung bringen.

Wir wollen gleichzeitig die konsequente Anwendung des Verursacherprinzips. Belastungen der Umwelt zum "Nulltarif" sind nicht vertretbar. Als Verursacher treten sowohl Hersteller als auch Verbraucher auf. Wenn der Gebrauch des öffentlichen Gutes Umwelt sich für alle finanziell auswirkt - positiv wie negativ -, wird das persönliche Interesse für Umweltmaßnahmen stärker geweckt.

Deshalb werden wir die Einführung von Umweltabgaben unterstützen, wenn dadurch umweltfreundliches Verhalten gezielt gefördert wird. Umweltsteuern nur zur Erhöhung der allgemeinen Staatseinnahmen lehnen wir ab.

Wir setzen uns in der Umweltpolitik ein für klare Prioritätensetzungen. Umweltpolitische Maßnahmen sind entsprechend dem Ausmaß der Gefährdungen schwerpunktmäßig in Angriff zu nehmen.

ENERGIEPOLITIK FÜR DIE UMWELT VERANTWORTBAR MACHEN

Die Zunahme des Treibhauseffektes rückt die Umweltbelastungen aus der Energieversorgung stärker in das Blickfeld. Energie ist die Voraussetzung für die Steigerung des Wohlstandes und für kulturelle und wirtschaftliche Fortschritte. Jede Gewinnung, Umwandlung und Nutzung von Energie beansprucht die Umwelt.

Wir wollen die Inanspruchnahme von Natur und Umwelt bei der Energienutzung auf ein Maß begrenzen, das die natürlichen Grundlagen unseres Leben auf Dauer erhält.

Wir wollen eine umweltpolitisch verantwortbare Energiepolitik. Dazu gehört für uns die sparsame und effiziente Nutzung der Energieträger. Mit der Verminderung der Emissionen aus der Nutzung fossiler Energieträger werden wir Umweltbelastungen reduzieren.

Durch die Entwicklung, Erprobung und Nutzung neuer und erneuerbarer Energieträger sowie

effizienter Energiesysteme wollen wir einen möglichst hohen Anteil regenerativer Energieerzeugung erreichen. Die Forschung in diesem Bereich muß verstärkt werden. Wir unterstützen den Bau eines Wasserkraftwerkes am Weserwehr.

Wir halten im Hinblick auf den hohen Sicherheitsstandard der westdeutschen Kernkraftwerke die Nutzung der Kernenergie für verantwortlich, insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Minderung der CO₂-Emissionen.

Die Kernenergie kann nicht allein zur Lösung des Klimaproblems beitragen, jedoch gibt es zur Zeit keine Lösung ohne Kernenergie, weil umweltverträgliche Alternativen nicht ausreichend verfügbar sind.

Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, daß alle wirtschaftlich und ökologisch sinnvollen Möglichkeiten zur Energieeinsparung genutzt werden. Auch zukünftig sind zur Förderung energiesparender Technologien steuerliche Anreize notwendig.

Wir werden für die Städte Bremen und Bremerhaven in Kooperation mit den Energieanbietern jeweils Energieversorgungskonzepte erstellen und umsetzen, die eine an die jeweiligen Verhältnisse angepaßte, optimale wirtschaftliche und umweltverträgliche Energieversorgung sichern. Dabei sind der Wettbewerb der Anbieter sowie die freie Wahl zwischen mehreren Versorgungsarten soweit wie möglich zu erhalten. Hierzu gehört auch, daß der Wirkungsgrad der Energieumwandlung weiter verbessert werden muß und daß zukunftsweisende technische Konzepte, wie zum Bei-

spiel die Wirbelschichtfeuerung und Kraftwärmekopplung, dort, wo es umweltpolitisch und volkswirtschaftlich sinnvoll ist, umgesetzt werden.

LUFTBELASTUNGEN ENTSCHEIDEND REDUZIEREN

Treibhauseffekt und Ozonloch sind internationale Probleme der zunehmenden Luftbelastungen, die auch bei uns erzeugt werden. Wir wollen durch wirksame Maßnahmen zur Luftreinhaltung zur Abwendung einer möglichen Klimakatastrophe beitragen. Damit schaffen wir bessere Voraussetzungen für das Wohlbefinden und die Gesundheit der Menschen, den Schutz der Tier- und Pflanzenwelt, den Erhalt von Bauten und Denkmälern sowie für eine gesunde Nahrungsmittelproduktion.

Wir unterstützen die Maßnahmen der Bundesregierung, daß spätestens ab 1995 ein FCKW-Produktions- und Verwendungsverbot eintritt. Damit übernimmt die Bundesrepublik eine internationale Vorreiterrolle für den Schutz der Erdatmosphäre.

Wir werden dafür sorgen, daß bei allen Unternehmen, an denen Bremen und Bremerhaven entscheidend beteiligt sind (beispielsweise Müllverbrennungsanlagen sowie Feuerungsanlagen der Stadtwerke und der Krankenhäuser), eine deutliche Senkung der Gesamtschwefeldioxid- und Gesamtstickoxidemissionen unter die bestehenden gesetzlichen Grenzwerte erreicht wird. Die überwiegend in öffentlicher Hand befindlichen Unternehmen müssen mit gutem Beispiel vorangehen und eine Vorbildfunktion wahrnehmen.

Der Bund hat mit den schärferen Grenzwerten in der Großfeuerungsanlagen-Verordnung und der Technischen Anleitung Luft entscheidende Verbesserungen zur Luftreinhaltung eingeleitet. Die Novellierung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes und die Schadstoffreduzierung bei PKW's sowie die geplante Umstellung der Kfz-Steuer auf die Schadstoffemissionen führen zu weiteren Schadstoffentlastungen in der Luft.

Mit einem sinnvollen Ausbau der Fernwärme und der Förderung zur freiwilligen Um- und Nachrüstung von Feuerungsanlagen wollen wir eine Verminderung der Luftbelastungen unter anderem bei Kleinfeuerungsanlagen erreichen.

GEWÄSSERGÜTE DEUTLICH VERBESSERN

Wir wollen entscheidende Verbesserungen in der Wasser- und Abwasserpolitik umsetzen, damit eines Tages wieder in der Weser und den Gewässern in Bremen und Bremerhaven gebadet und dieses Oberflächenwasser zur Trinkwassergewinnung herangezogen werden kann.

Wir werden daher für die Städte Bremen und Bremerhaven Abwasser- und Kanalnetzsanierungspläne erstellen und umsetzen.

Wir wollen, daß keine Abwässer mehr ungereinigt über sogenannte Notauslässe die Oberflächengewässer verunreinigen. Hierzu gehören ausreichend dimensionierte Kanalnetze und Regenrückhaltebecken.

Wir werden die Kläranlagen in Seehausen, Farge und Bremerhaven dem notwendigen

Stand der Abwassertechnik anpassen. Dazu wollen wir Klärstufen zur Nitrifikation (Stickstoffoxidation), Denitrifikation (Stickstoffeliminierung) und zur Phosphor-Elimination in den Anlagen einbauen. Zusätzlich werden wir für die Kläranlagen Seehausen und Farge Filtrationsanlagen zur ausreichenden Klärung errichten.

Die Vereinigung Deutschlands eröffnet neue Chancen für die Verbesserung der Gewässergüte der Weser. Wir wollen in Verhandlungen

Es sind immer noch viele Gewässer in Bremen und Bremerhaven kritisch belastet oder stark verschmutzt.

Der SPD-Senat hat die notwendigen Planungen und Baumaßnahmen für die Kläranlagen verschleppt, so daß die verschiedenen Baumaßnahmen immer noch nicht begonnen wurden.

mit den Weser-Anrainerländern erreichen, daß möglichst schnell Maßnahmen zur Entlastung der Weser umgesetzt werden.

MIT WASSER SPARSAM UMGEHEN!

Wir setzen uns für einen aktiven Grundwasserschutz ein. Deshalb ist es erforderlich, dem steigenden Verbrauch von Grundwasser entgegenzuwirken. Wir werden Maßnahmen zur Wassereinsparung fördern, und zwar in Haushalten, in der Industrie und im Gewerbe. Dazu gehört auch, daß Wirtschaft und Industrie ihren Bedarf verstärkt mit Brauchwasserqualität befriedigen. Mit regelmäßigen Messungen der Grundwasserqualität wollen wir sicherstellen, daß eventuelle Verschmutzungen frühzeitig festgestellt und vermieden werden.

Die unbedachte Versiegelung von Oberflächen im Bereich von Siedlungen und Verkehrsflächen sowie die damit verbundene direkte Ableitung von Regenwasser in die Kanalisation ist weitgehend zu vermeiden. Bestehende versiegelte Flächen wollen wir daraufhin überprüfen, inwieweit ein wasserdurchlässiger Belag unter Beibehaltung der bisherigen Funktionsfähigkeit versiegelte Oberflächen ersetzen kann.

DIE NORDSEE SCHÜTZEN

Wir wollen die Lebensfähigkeit der Nordsee deutlich verbessern und durch die konsequente Anwendung des Vorsorge- und Verursacherprinzips zusätzliche Verschmutzungen durch Abwasser und Abfall verhindern. Wir unterstützen das 10-Punkte-Programm der Bundesregierung zum Schutz der Nord- und Ostsee. Wir

werden weiterhin darauf drängen, daß die Nordsee international zum Sondergebiet erklärt wird. In diesem Zusammenhang fordern wir für die Schiffe einen Anschluß- und Benutzungszwang für die Entsorgung von Schiffsabfällen in den Häfen.

Meeresschutz beginnt im Binnenland. An erster Stelle der notwendigen Maßnahmen steht daher die Verbesserung der Behandlung von kommunalen und industriellen Abwässern. Wir setzen uns dafür ein, daß der Bund sich an den Kosten für die Entsorgung von Öl und Chemikalien in den Häfen auch weiterhin beteiligt, weil dies weniger ein Problem der Häfen ist, sondern dem Schutz der Nordsee dient.

DEN BODEN SCHÜTZEN UND SANIEREN

Zusammen mit Wasser, Luft und Sonnenlicht ist der Boden Grundlage des Lebens. Es bestehen ernsthafte Gefahren und langfristige Risiken für den Boden. Deshalb unterstützen wir das von der Bundesregierung vorgelegte Bodenschutzkonzept.

Wir werden für das Land Bremen eine Bodendokumentation erstellen und eine Bodenprobenbank aufbauen, die langfristig Auskunft über die Entwicklung der Böden gibt.

Wir werden insbesondere die Untersuchung und Sanierung der Böden und Standorte, die durch Altlasten geschädigt sind, vorantreiben.

ABFÄLLE VERMEIDEN, VERWERTEN UND SICHER ENTSORGEN

Die Abfallpolitik in Bremen und Bremerhaven ist bisher durch große Versäumnisse und gravierende Fehlentscheidungen gekennzeichnet. Die SPD plant, die erst vor kurzem mit einer Rauchgasreinigung (Kosten rund 40 Millionen DM) ausgerüstete MVA Bremen zu schließen, ohne daß entsprechende Kapazitäten in der MBA Bremerhaven zur Verfügung stehen. Während die MBA Bremerhaven langfristige Verträge (teilweise bis zum Jahre 2020) schloß, gab es in Bremen keine Planungen, so daß mögliche Optionen verloren gingen.

Wir werden die Konzeptionslosigkeit in der Abfallpolitik beenden. Durch ein mit dem niedersächsischen Umland abgestimmtes Abfallwirtschaftskonzept werden wir die Abfallvermeidung, -verwertung und umweltschonende Entsorgung endlich verwirklichen.

Wichtigstes Ziel für die Bewältigung der Abfallprobleme ist die Reduzierung der Abfallmenge. Insbesondere die Verpackungsabfälle und die Baustellenabfälle bzw. Bauschutt- und Erdaushubablagerungen müssen drastisch reduziert werden. Für Bauschuttabfälle ist in Bremen das Recyclingverfahren zu erweitern. Wir unterstützen entsprechende bundesrechtliche Maßnahmen und setzen uns für deren schnelle Verwirklichung ein.

Wir werden bei der Abfallentsorgung eine weitgehend getrennte Erfassung von Wertstoffen in den Haushalten durchführen, um eine möglichst hohe Wiederverwertungsquote zu erreichen. Grundsätzlich sind diese Maßnahmen an dem Prinzip der Freiwilligkeit partnerschaftlich auszurichten. Dies gilt sowohl für die Beteiligung der Bevölkerung als auch für das Zusammenwirken kommunaler Stellen und privater Recyclingunternehmen.

Die bestehende Mindestgefäßvolumenschrift im Bremer Abfallrecht ist zu ändern. Wir wollen, daß die Müllgebühren nach dem Verursacherprinzip ermittelt werden. Wer sich umweltfreundlich verhält und Abfälle vermeidet oder wiederverwertet, muß finanzielle Vorteile gegenüber demjenigen haben, der unüberlegt Abfall produziert.

Die von der SPD geplante Schließung der MVA Bremen ist aufgrund fehlender Alternativen nicht möglich! Deshalb ist die umgehende Modernisierung notwendig, damit die Umweltgesetze eingehalten werden.

Trotz aller Abfallreduzierungsmaßnahmen bleiben erhebliche Abfallmengen in Bremen und Bremerhaven übrig, die aus Umweltgründen verbrannt werden müssen. Deponieren ohne Vorbehandlung der Abfälle beinhaltet ein hohes Risiko.

Wir werden die Müllverbrennungsanlage Bremen (MVA) modernisieren und den Umweltvorschriften anpassen. Aufgrund der langfristigen Verträge bei der Müllbeseitigungsanlage Bremerhaven (MBA) sind dort auf absehbare Zeit keine Kapazitäten für Bremer Müll frei. Eine Erweiterung der Kapazitäten der MBA Bremerhaven lehnen wir ab.

Wir werden uns bei der Sonderabfallentsorgung für eine norddeutsche Verbundlösung einsetzen. Dabei muß das Land Bremen den Möglichkeiten entsprechend einen eigenständigen Beitrag leisten. Die bestehende Sonderabfallberatungsgesellschaft ist zu einer Sonderabfallentsorgungsgesellschaft zu erweitern.

LÄRM BEKÄMPFEN

Maßnahmen des aktiven Lärmschutzes, das heißt vor allem Reduzierung des Lärms an der Quelle, sollen Vorrang in der Lärmbekämpfung erhalten. Wir werden deshalb besonders auf entsprechende bundesrechtliche Verbesserungen beim Lärmschutz drängen.

Für die Städte Bremen und Bremerhaven werden wir Lärmschutzpläne schaffen, die unter anderem die Möglichkeit berücksichtigen, Verkehrswege zu bündeln. Hierbei ist eine Ab-

stimmung mit dem niedersächsischen Umland notwendig.

Im Bereich des Straßenverkehrs werden wir den Verkehrsfluß durch verkehrabhängige Signalschaltungen verbessern, die Anwendung von "leiseren" Straßenbelägen bei Neubauarbeiten durchsetzen sowie im öffentlichen Personennahverkehr auf den Einsatz von lärmarmen Fahrzeugen drängen (siehe Kapitel Verkehrspolitik).

NATUR UND LANDSCHAFT SCHÜTZEN

Wir wollen den Natur- und Landschaftsschutz verstärken, um den Naturhaushalt und vor allem wildlebende Pflanzen- und Tierarten besser zu schützen. Es gilt, die Naturgüter Boden, Wasser und Luft als Lebensgrundlagen zu sichern und die Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes zu erhalten beziehungsweise wiederherzustellen.

Die öffentlichen Grünflächen und Parkanlagen sowie der Bestand der Straßenbäume sind zu ergänzen und zu erhalten.

Wir werden den ehrenamtlichen Naturschutz durch die Verbände stärken. Diese leisten bei Arten- und Biotopschutz eine wichtige Arbeit.

Die bisher ständig erfolgten Kürzungen bei den Gartenbauämtern haben dazu geführt, daß wesentliche Pflegemaßnahmen beim öffentlichen Grün unterbleiben. Teilweise ist dadurch die Verkehrssicherheit gefährdet, zum anderen verkommen einst schöne Grünanlagen.

III. MEHR SICHERHEIT FÜR UNSERE BÜRGER SCHAFFEN

Jahr für Jahr werden in Bremen und Bremerhaven über 100.000 Menschen Opfer von Straftaten. Nur noch ein Drittel der Verbrechen und Vergehen wird aufgeklärt; von den schweren Diebstählen sogar nur jeder achte, von Kfz-Diebstählen nur jeder siebzehnte.

Die innere Sicherheit in unserem Bundesland ist nach jahrzehntelanger SPD-Herrschaft erheblich eingeschränkt. Viele, vor allem ältere Bürgerinnen und Bürger, sind in ihrer Lebensqualität beeinträchtigt. Sie haben Angst vor Straftätern. In den Wohnungen fühlen sie sich nicht mehr sicher vor Einbrechern. Viele wagen aus Furcht vor Überfällen keinen abendlichen Spaziergang. Kraftfahrzeuge werden immer häufiger aufgebrochen.

Unsere beiden Städte sind in bestimmten Bereichen Oberzentren der Kriminalität geworden. Vor allem als Drogentransit- und Beschaffungsort hat Bremen negative nationale Bedeutung. Nirgends ist Rauschgift so billig wie hier. Die Folge ist eine unerträglich hohe Zahl von Drogenabhängigen; die der Drogentoten ist relativ am größten in Deutschland.

Hier leben über 1.500 Drogenabhängige. 1990 gab es 78 Drogentote.

Mehr Sicherheit ist für die Bevölkerung ein wichtiges Stück Lebensqualität. Sie ist Grundvoraussetzung für freie Entfaltung des einzelnen und solidarisches Zusammenwirken. Die Wahrung von Sicherheit und Ordnung ist eine der wichtigsten Staatsaufgaben. Der Sozialstaat setzt einen funktionierenden Rechtsstaat voraus.

Beispielsweise ist die Hausrausversicherung in Bremen wegen der vielen Wohnungseinbrüche fast 40 % teurer als in München.

SICH ZUM AUFTRAG DER POLIZEI BEKENNEN

Der Staat hat das Gewaltmonopol, damit kein Faustrecht herrscht.

Ein Staat, der Straftäter nicht angemessen bestraft, gefährdet die Freiheit der Bevölkerung. Was Recht ist, darf nicht selbstherrlich von einzelnen oder Einzelgruppen bestimmt werden. Die Durchsetzung des Rechts ist Sache des Staates und der demokratisch gewählten Organe.

Die Polizei ist verunsichert, weil SPD und Senat ihr häufig die politische Unterstützung verweigern.

Die Polizei erfüllt ein schweres Amt. Sie hat Anspruch auf Vertrauen auch in kritischen Situationen, auf Schutz vor ungerechtfertigten Angriffen und solidarische Unterstützung. Wir bekennen uns klar zum Auftrag der Polizei und aller Sicherheitsorgane. Dazu zählt auch der Verfassungsschutz.

POLIZEI VERSTÄRKEN

Frust und Perspektivlosigkeit breiten sich bei den Polizeibeamten aus. Bremen und Bremerhaven fehlen mehrere Hundert Polizisten. Zehntausende von Überstunden fallen an. Wegen falscher Politik und unzureichender Ausstattung kann die Polizei in Bremen und Bremerhaven ihren Auftrag teilweise nicht mehr erfüllen.

Wir werden eine ordnungsgemäße Aufgabenerfüllung gewährleisten. Wir werden die Polizei aufgrund unseres Sofortprogramms wesentlich verstärken und ihre Arbeit effektiver machen. Für die Polizeistärke Bremerhavens werden wir die Beamten der Bereitschaftspolizei im Polizeieinzeldienst Bremens einbeziehen. Wir wollen die Einführung der zweigeteilten Laufbahn für Schutz- und Kriminalpolizei; die Stellenplanobergrenzen werden wir voll ausschöpfen.

Datenverarbeitung ist Mangelware. Stattdessen gibt es fast 100 verschiedene Formulare.

Wir wollen die technische Ausstattung modernisieren, damit die Polizei wirkungsvoll arbeiten kann. Das betrifft unter anderem die modernen Informations- und Kommunikationstechniken. Das Formularunwesen wird durch ein integriertes Datenverarbeitungskonzept ersetzt.

Die Zahl der Raubüberfälle hat beängstigend zugenommen.

Zum Schutz der Bevölkerung wollen wir die Fuß- und Fahrradstreifen verstärken. Vor allem müssen Kontaktbereichsbeamte in den Wohngebieten Dienst tun. Wir werden die vorbeugende Arbeit der Kriminalpolizei ausbauen. Das wird die Zahl der Straftaten verringern und die Aufklärungsquote verbessern. Damit werden die materiellen und immateriellen Folgekosten der Kriminalität vermindert.

RAUSCHGIFTHANDEL UND ORGANISIERTE KRIMINALITÄT BEKÄMPFEN

Wir wollen, daß das Gesetzgebungsverfahren zur Bekämpfung des illegalen Rauschgifthandels und anderer Formen organisierter Kriminalität beschleunigt wird. Der Staat muß illegal erworbenes Vermögen von Drogenhändlern einziehen und "Geldwäsche" verfolgen können; dazu gehört zum Beispiel die Umkehr der Beweislast für den legalen Gelderwerb. Die Strafandrohung für bandenmäßigen Drogenhandel muß erhöht, der Tatbestand der Bandenhehlerei eingeführt werden.

In Bremen und Bremerhaven wollen wir die Arbeit der Polizei, der Staatsanwaltschaft und der übrigen Behörden zur Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität besser koordinieren.

Interner Polizeibericht: "Der Heroinhandel ist fest in kurdischer Hand."

Wir werden die Strafverfolgung gegen Handel und illegale Einfuhr von Rauschgift wesentlich verstärken. Der rechtsstaatlich abgesicherte Einsatz verdeckter Ermittler ist dafür unverzichtbar.

Wir wollen, daß die einschlägigen Lokale und Gaststätten, in denen mit Drogen gehandelt wird, verstärkt überwacht werden. Bei Nichteinhaltung von Auflagen muß die Gaststättenkonzession entzogen werden.

Wir werden Ausländer und Asylbewerber, die mit Drogen handeln, sofort und konsequent ausweisen und abschieben. Niemand, der sich auf politische Verfolgung beruft, hat Anspruch auf Schutz, wenn er mit Drogen handelt oder andere schwere Verbrechen begeht.

Wir wollen die nationale und internationale Zusammenarbeit gegen Drogen-, Umwelt- und Wirtschaftskriminalität auch wegen des europäischen Binnenmarkts verbessern. Das gilt vor allem für die Rechtshilfe in Strafsachen.

WIRTSCHAFTSKRIMINALITÄT WIRKSAM BEKÄMPFEN

Wir werden die Gewerbeaufsichtsämter, Verwaltungs- und Kriminalpolizei, Ausländerbehörden, Steuerfahndung und Staatsanwaltschaft in Bremen und Bremerhaven zur Verfolgung aller Formen der Wirtschaftskriminalität entscheidend verstärken. Das betrifft den Subventionsbetrug ebenso wie die illegale Beschäftigung. Schwarzarbeit, Hinterziehung von Steuern und Sozialabgaben führen zu Wettbewerbsverzerrungen und erheblichen Mindereinnahmen. Das beeinträchtigt oder gefährdet die vielen korrekt arbeitenden Betriebe. Außerdem gehen riesige Steuereinnahmen verloren. Sozialleistungen zu kassieren und dennoch zu arbeiten, belastet die Sozialhaushalte Bremens und Bremerhavens stark. Das muß durch geeignete Kontrollen

Ein wesentlicher Teil des in ganz Deutschland sichergestellten Rauschgifts wird über Bremen oder Bremerhaven importiert.

Offiziell wurde der jährliche Verlust an Steuern und Sozialabgaben für das Land Bremen durch illegale Beschäftigung mit 200 Millionen DM angegeben.

verhindert werden. Durch die Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität werden Dauerarbeitsplätze gesichert beziehungsweise neu geschaffen. Das ist zugleich ein wichtiger Beitrag zur Wiederherstellung der finanziellen Handlungsfähigkeit unseres Landes.

ASYLMISBRAUCH STOPPEN

Die meisten Asylbewerber sind Wirtschaftsflüchtlinge, nicht politisch Verfolgte. Das Asylrecht, auf das sie sich berufen, steht ihnen deshalb nicht zu. Das Asylrecht werden wir nur bewahren können, wenn der massenhafte Mißbrauch verhindert wird. Asylbewerber aus Ländern, in denen es keine politische Verfolgung gibt, sollen an der Grenze zurückgeschickt werden. Deshalb wollen wir, daß der Artikel 16 des Grundgesetzes ergänzt wird.

Wir werden Asylbewerber in Sammelunterkünften mit Gemeinschaftsverpflegung unterbringen und nur ein Taschengeld zahlen. Abgelehnte Asylbewerber werden wir rasch in die Heimatländer zurückführen, soweit die Genfer Flüchtlingskonvention dem nicht entgegensteht.

Wir werden Asylbewerber im Lande Bremen auf die Zahl beschränken, zu der uns die vereinbarte Quotenregelung verpflichtet.

Senat und SPD lehnen eine Änderung des Grundgesetzes ab, welche den Mißbrauch des Asylrechts verhindern würde.

6.991 Asylbewerber lebten Ende 1990 in Bremen und Bremerhaven. Mehr als 2.000 davon hat der Senat in Hotels und Pensionen untergebracht.

Ende 1990 lebten über 2.000 Asylbewerber mehr als erforderlich in Bremen. Jeder Asylbewerber kostet den bremischen Steuerzahler jährlich rund 12.000 DM. Bremen gibt also ca. 25 Millionen DM jährlich unnötigerweise aus.

IV UNSERE GESELLSCHAFT SOZIAL UND HUMAN GESTALTEN

Die Familie ist die natürlichste und beständigste Form des menschlichen Zusammenlebens. In der Geborgenheit der Familie machen Kinder die ersten Erfahrungen in einer Gemeinschaft mit allen Chancen und Möglichkeiten, aber auch mit Problemen. Rücksichtnahme, Verantwortungsbereitschaft und Toleranz können am ehesten in der Familie eingeübt werden, um dann auch in den Lebensbereichen außerhalb der Familie gelebt zu werden. In unserer Politik hat deshalb die Familie einen hohen Stellenwert.

Der Staat muß die Familie schützen und fördern, indem er hilft, ihre sozialen und wirtschaftlichen Grundlagen zu sichern. Wir wollen, daß die Familien in Bremen die gleiche Unterstützung erfahren wie in anderen Bundesländern.

AUSREICHEND KINDERGARTEN- UND HORTPLÄTZE SCHAFFEN

Kindergärten für Drei- bis Sechsjährige, Horte für Sechs- bis Zwölfjährige und Eltern-Kind-Gruppen sollen die Erziehung in der Familie ergänzen, fördern und unterstützen. Für Alleinerziehende und berufstätige Eltern haben sie eine besondere Bedeutung. Wir wollen in Bremen Kindergärten als familienergänzende Einrichtungen so ausbauen, daß alle Eltern, die einen Platz für ihr Kind wünschen, diesen auch erhalten, und

Die Bundesregierung baut die familienpolitischen Leistungen weiter aus:

- Ab 1992 wird das Erstkindergeld auf monatlich 70 DM erhöht.
- Ebenfalls wird der Erziehungsurlaub mit Beschäftigungsgarantie auf drei Jahre verlängert.
- Ab 1993 gibt es das Erziehungsgeld sechs Monate länger - insgesamt dann zwei Jahre.

In Bremen gibt es kein bedarfsgerechtes Angebot an Kindergartenplätzen. Allein zum Kindergartenjahr 1991/92 fehlen über 2000 Plätze.

zwar unabhängig davon, in welchem Stadtteil und in welchen familiären Verhältnissen sie leben.

Wir wollen gemeinsam mit den anderen Bundesländern das Kinder- und Jugendhilfegesetz ändern, um einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz zu schaffen. Bei dem erforderlichen Ausbau der Kindergarten- und Hortplätze wollen wir die kirchlichen und gemeinnützigen Träger stärker einbeziehen. Sie entlasten nicht nur den Staat, sondern stehen auch für Vielfalt im Betreuungsangebot.

Wir wollen eine bessere Abstimmung der Öffnungszeiten von Kindergärten mit den Arbeitszeiten der Eltern erreichen, ohne den Zeitrahmen prinzipiell zu verändern.

Die Arbeit der Eltern-Kind-Gruppen werden wir kontinuierlich und verlässlich fördern. Sie ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Tagesbetreuung für Kinder.

ALLEINERZIEHENDE UNTERSTÜTZEN

Die Lebensbedingungen für viele Mütter und Väter, die ihre Kinder allein erziehen, sind durch viele Probleme belastet: geringes Einkommen, Wohnungsorgen, Zeit- und Betreuungsschwierigkeiten.

Alleinerziehende müssen alle familiären Aufgaben und Belastungen allein bewältigen. Sie brauchen deshalb in besonderem Maße die Hilfe des einzelnen, z.B. in der Nachbarschaft. Sie brauchen aber auch die gezielte Unterstützung durch Politik und Gesellschaft.

Der Haushaltsfreibetrag für Alleinerziehende mit mindestens einem Kind wurde von der Bundesregierung von 4.212 DM im Jahre 1986 auf heute 5.616 DM aufgestockt.

Die Bundesregierung hat in den vergangenen Jahren durch entsprechende Gesetzesänderungen die Situation Alleinerziehender erheblich verbessert. Auch bei zukünftigen Gesetzesänderungen werden wir uns dafür einsetzen, daß die Belange der Einelternfamilien besonders berücksichtigt werden.

CHANCEN DER FRAUEN VERBESSERN

Ziel unserer Politik für Frauen ist die gleichberechtigte Teilnahme von Frauen am gesellschaftlichen Leben. Das partnerschaftliche Zusammenwirken von Mann und Frau sowohl in der Familie als auch im beruflichen und öffentlichen Leben muß selbstverständlich werden.

Mit der Einführung von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub sowie der Anerkennung von Erziehungsjahren in der gesetzlichen Rentenversicherung hat die Bundesregierung Erziehungsleistungen auch materiell anerkannt. Viele Frauen können dadurch zumindest vorübergehend auf eine Erwerbstätigkeit zu Gunsten von Familienarbeit verzichten.

Wir wollen, daß sich Frauen frei entscheiden können, wie sie ihr Leben gestalten; sie sollen in verschiedenen Lebenslagen unterschiedliche Schwerpunkte wählen können. Wir setzen uns für gesellschaftliche Rahmenbedingungen ein, die Frauen diese Wahlfreiheit ermöglichen.

Die Leistung von Frauen in der Familie, bei der Erziehung der Kinder sowie der Pflege von älteren und kranken Menschen muß größere Wertschätzung und materielle Anerkennung finden.

Auch die Chancen der Frauen im Erwerbsleben müssen verbessert werden. Wir unterstützen den von der Bundesregierung vorgelegten "Leitfaden Frauenförderpläne in Betrieben", um Benachteiligungen von Frauen abzubauen. So muß beispielsweise bei Umschulungs- und

Weiterbildungsmaßnahmen Rücksicht auf die Bedürfnisse von Frauen mit Kindern bzw. pflegebedürftigen Angehörigen genommen werden. Ehemaligen Mitarbeiterinnen sollen bevorzugt Urlaubs- und Krankheitsvertretungen angeboten werden, um ihnen den Kontakt mit dem Erwerbsleben weiterhin zu ermöglichen. Frauen soll gezielt die Übernahme höherwertiger Stellen ermöglicht werden. Das Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen, insbesondere auch für höhere Positionen, muß vermehrt werden.

Frauen stellen mehr als 50 Prozent der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Bremen. Innerhalb der einzelnen Laufbahngruppen sind sie jedoch höchst unterschiedlich repräsentiert: im einfachen Dienst mit fast 75 Prozent, im höheren Dienst lediglich mit 30 Prozent.

Der öffentliche Dienst muß hier mit gutem Beispiel vorangehen. Wir wollen beispielsweise die Arbeitsplätze in der Verwaltung und den öffentlichen Betrieben in Bremen vermehrt so gestalten, daß sie als Teilzeitbeschäftigung - auch vorübergehend - wahrgenommen werden können. Dies gilt in besonderem Maße für den gehobenen und höheren Dienst.

Wir setzen uns dafür ein, daß bei der Einstellung in den öffentlichen Dienst oder bei einem Aufstieg in höhere Lohn-, Vergütungs- und Besoldungsgruppen vergleichbare Fähigkeiten und Qualifikationen berücksichtigt werden, die Frauen außerhalb des Erwerbslebens erworben haben.

GEWALT GEGEN FRAUEN UND SEXUELLEN MIßBRAUCH VON KINDERN VERHINDERN

In den vergangenen Jahren wurden im Lande Bremen jeweils rund 150 Fälle von sexuellem Mißbrauch von Kindern polizeilich registriert. Die Dunkelziffer liegt weit höher.

Die körperliche und seelische Mißhandlung von Frauen sowie der sexuelle Mißbrauch von Mädchen und Jungen wurde zu lange bagatellisiert und verschwiegen. Den betroffenen Frauen und Kindern muß geholfen werden.

Wir wollen dafür sorgen, daß durch gezielte Fortbildungsmaßnahmen bei Polizei, Justiz und Ärzteschaft mißhandelten Frauen mehr Verständnis entgegengebracht wird. Auch in der Gesellschaft insgesamt muß eine verstärkte Aufklärungsarbeit einsetzen.

Die Arbeit der Frauenhäuser in Bremen, die mißhandelte Frauen in akuten, verzweifelten Situationen aufnehmen, werden wir weiter fördern und ihren Bestand sichern. Nur so können auf Dauer alle hilfeschenden Frauen Aufnahme, fachkundige Beratung und die notwendige Nachbetreuung erhalten.

Wir wollen darüber hinaus den Bestand des Kinderschutzzentrums sichern und ein sogenanntes Mädchenhaus in Bremen einrichten. Durch die Tabuisierung sexueller Delikte an Kindern sind diese in der Vergangenheit vielfach allein gelassen worden. Diese Mädchen und Jungen brauchen eine Anlaufadresse außerhalb der Familie, da die Täter fast ausschließlich aus dem Familienumfeld und Bekanntenkreis stammen. Hier sollen Kinder in höchster Not vorübergehend Zuflucht finden können. Durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit wollen wir auf ein solches Angebot aufmerksam machen.

JUNGE LEUTE MOTIVIEREN

Für uns ist die Politik für Jugendliche ein Bestandteil aller Politikbereiche. Für weit-sichtige Lösungen der gegenwärtigen Probleme und die verantwortungsvolle Bewältigung zukünftiger Aufgaben brauchen wir auch in Bremen und Bremerhaven die Mitarbeit, das Engagement und die Ideen junger Menschen.

SPD-Jugendpolitik in Bremen und Bremerhaven befaßt sich nur mit Randgruppen und vernachlässigt die breite Mehrheit der Jugendlichen.

Für lediglich 6 % aller Studentinnen und Studenten des Landes Bremen steht ein Wohnraumplatz in einem Studentenheim zur Verfügung. Im Bundesdurchschnitt beträgt die Quote 10 %!

Förderung von Jugendverbänden beinhaltet für die SPD nur die Finanzierung von Jugendbildungsreferenten.

Wir wollen nicht nur Jugendlichen mit Problemen helfen, sondern für alle jungen Menschen in Bremen und Bremerhaven Politik durchlässig, verständlich und mitbestimmbar machen.

Wir setzen uns für eine Verbesserung der Wohnungssituation junger Menschen ein, um ihnen die Chance zu geben, ihr Leben selbstverantwortlich in die Hände zu nehmen. Wir wollen, daß auch Studentenwohnheimplätze in angemessener Zahl zur Verfügung stehen (siehe Kapitel Wohnungsbau). Mittelfristig muß für das Land Bremen mindestens die bundesdurchschnittliche Versorgungsquote mit Wohnheimplätzen von zehn Prozent erreicht werden. Langfristige Perspektive sollte es sein, für 15 Prozent aller Studierenden einen Wohnheimplatz zur Verfügung zu stellen. Dies entspricht der vom Bund bereits Mitte der 70er Jahre definierten Zielvorgabe.

Wir werden die Möglichkeiten zum freiwilligen sozialen Jahr, insbesondere in den Bereichen Umweltschutz und Entwicklungshilfe, stärken, weil diese Lebensabschnitte das Verantwortungsbewußtsein für sich und andere prägen.

Das Engagement der Jugendverbände wird in der Öffentlichkeit häufig unterschätzt. Wir wollen die Arbeit der Verbände stärken, indem wir die sachliche und finanzielle Ausstattung verbessern. In der Jugendarbeit soll ehrenamtliches Engagement wieder vor hauptamtlichem Aktivismus stehen.

Die Jugendfreizeitheime in Bremen und Bremerhaven erfüllen ihre Ansprüche schon lange

nicht mehr. Die kostspielige Unterhaltung dieser Anlagen nützt nur einem sehr kleinen Besucherkreis. Wir wollen statt staatlich organisierter Freizeit die Unterstützung freier Verbände und Initiativen.

Das sportliche und kulturelle Interesse Jugendlicher in Bremen und Bremerhaven wird nicht ausreichend gefördert. Junge Menschen flüchten in ihrer Freizeit in Videotheken und Spielhöhlen.

Die Förderung der Bereiche Sport und Kultur soll ein Schwerpunkt unserer Jugendarbeit werden, da diese häufig von jungen Menschen genutzt werden und zur Persönlichkeitsentfaltung beitragen. Wir wollen den Sport der Jugendlichen und die Jugendarbeit in den Vereinen stärken.

Sehr wichtig ist für uns ebenfalls der Bereich der Jugendkultur, der in Bremen und Bremerhaven stark vernachlässigt wird. Wir wollen die jungen Künstler unterstützen und für diese vorhandenen öffentlichen Raum für Auftritts-, Übungs- und Ausstellungszwecke verstärkt nutzbar machen. Bei der Nachwuchsförderung sollen private Förderer gewonnen werden, um somit z.B. den Anteil der Stipendien für Nachwuchskünstler zu erhöhen.

ÄLTERE MENSCHEN EINBEZIEHEN

In einer komplizierten und schnelllebiger werdenden Welt wird Lebenserfahrung immer wichtiger. Deshalb sind wir auf die Erfahrung und das Wissen der älteren Generation angewiesen. Sie sind für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft unverzichtbar.

Wir setzen uns dafür ein, daß die älteren Menschen auf allen Ebenen am gesellschaftlichen und politischen Leben teilhaben und mitwirken können. Viele Möglichkeiten ergeben sich gerade in der Kommunalpolitik. Bei

der Stadtplanung, der Wohnungspolitik, den Kulturangeboten ist die Mitwirkung der Älteren ebenso unverzichtbar wie in der Altenhilfe und der Sozialpolitik. Darüber hinaus wollen wir durch die Einrichtung und Förderung von sogenannten Wissensbörsen und Seniorenexpertendiensten den Älteren die Möglichkeit geben, auch im Alter sinnvolle Tätigkeiten mit der Hilfe für andere Menschen zu verbinden.

Wir wollen, daß die Älteren in ihrer eigenen Wohnung leben können, solange sie es wünschen und dazu in der Lage sind.

Wir brauchen in Bremen mehr altengerechte Wohnungen, integriert in Wohnbereiche, die die Begegnung zwischen jungen Familien und älteren Menschen besonders fördern. Um bei zunehmender Hilfsbedürftigkeit ein Verbleiben in der eigenen Wohnung zu ermöglichen, müssen umfangreiche ambulante Angebote verlässlich zur Verfügung stehen. Deshalb sind die Dienstleistungszentren und ihre Nebenstellen bedarfsgerecht einzurichten.

Die Nachbarschaftshilfe ist ein unverzichtbarer Bestandteil der ambulanten Versorgung. Diese oft schwere Arbeit muß mehr Anerkennung erfahren; eine bessere soziale Absicherung für Nachbarschaftshelferinnen ist anzustreben.

Das Angebot an Alten- und Pflegeheimplätzen soll sich an den Bedürfnissen der älteren Menschen orientieren. Wir wollen in Zusammenarbeit mit den freien Wohlfahrtsverbänden den realistischen Bedarf ermitteln und eine Vielfalt der Angebote unterstützen. Wir wollen neue Formen der "Nachsorge" älterer Pa-

tienten einführen. Dazu sollen zunächst nach Abstimmung mit den Krankenkassen bei einigen Altenpflegeeinrichtungen KrankenPflgestationen mit medizinischer Versorgung eingerichtet werden.

Wir setzen uns für eine schnelle Realisierung der Pflegeversicherung als neue Säule der sozialen Sicherung ein. Die Pflegeversicherung soll als selbständiger Zweig unter dem Dach der gesetzlichen Krankenversicherung organisiert werden. Der Versicherungsschutz soll sich auf die pflegebedingten Leistungen beschränken und sowohl für den häuslichen als auch für den stationären Bereich gelten.

Die Leistungen aus der gesetzlichen Pflichtversicherung müssen von allen versicherten Pflegebedürftigen in Anspruch genommen werden können, unabhängig von ihrem jeweiligen Alter.

BEHINDERTE INTEGRIEREN

Behinderte Menschen sind Teil unserer Gesellschaft. Sie sind keine Betreuungsobjekte, sie sind Partner.

Ziel unserer Politik ist es, behinderte Menschen so zu fördern, daß sie zu einem möglichst selbständigen Leben befähigt werden.

Wir wollen insbesondere, daß behinderte Menschen in ihrer eigenen Wohnung leben können. Dazu ist es erforderlich, daß mehr behindertengerechte Wohnungen - auch durch Umbau vorhandener Wohnungen - geschaffen werden.

Im Vorgriff auf eine Pflegeversicherung hat die Bundesregierung im Zuge der Gesundheitsreform Pflegegeld und Pflegeurlaub als neue Kassenleistungen eingeführt.

Auch neue Konzeptionen des Zusammenlebens Behinderter werden wir unterstützen, z.B. beim Aufbau von Wohngemeinschaften. Die individuelle Schwerstbehindertenbetreuung ist inzwischen unverzichtbarer Bestandteil eines selbstbestimmten Lebens Behinderter. Sie wird von uns gefördert und soll weiter ausgebaut werden.

Wir wollen durch gezielte Maßnahmen erreichen, daß sich Behinderte im öffentlichen Raum so leicht, so einfach und so sicher wie möglich bewegen können. Der öffentliche Personennahverkehr in Bremen ist konsequent auf die Bedürfnisse von Behinderten auszurichten.

Wir wollen, daß Behinderte eine qualifizierte Bildung, berufliche Aus- und Weiterbildung unter Berücksichtigung von Neigung und Leistungsfähigkeit erhalten.

Gerade für behinderte Menschen bedeutet die berufliche Eingliederung oder zumindest eine angemessene Beschäftigung eine wesentliche Form der Selbstbestätigung. Wir werden über Verhandlungen mit den Arbeitsämtern, Kammern und Arbeitgeberverbänden versuchen, die Möglichkeiten einer dauerhaften beruflichen Eingliederung Behinderter zu verbessern.

GESUNDHEITSPOLITIK AM MENSCHEN ORIENTIEREN

Wir wollen darauf hinwirken, daß die Menschen durch ihr Verhalten mehr als bisher dazu beitragen, präventive medizinische Maßnahmen wirksam werden zu lassen. Alles bleibt wirkungslos, wenn der einzelne sich passiv verhält und nicht bereit ist, seinen

Lebensstil entsprechend den Erkenntnissen über die Auswirkungen von falscher Ernährung, Bewegungsarmut, Alkohol-, Drogen- und Medikamentenmißbrauch zu ändern. Deshalb setzen wir uns für eine aktive Mitwirkung der Menschen ein.

Wir wollen die Gesundheitserziehung in Kindergärten und Schulen und die Informationen über Gesundheitsvorsorge und Früherkennung von Krankheiten verstärken. Wir wollen durch eine bedarfsgerechte Krankenversorgung mehr Gewicht auf die ambulante Krankenpflege legen.

Viele Kranke, die heutzutage in den Krankenhäusern behandelt beziehungsweise versorgt werden, könnten ebenso gut von niedergelassenen Ärzten medizinisch versorgt und von Pflegeeinrichtungen pflegerisch betreut werden. Das gilt besonders für ältere Patienten und Langzeitkranke. Diese gezielte Behandlungsweise ist für viele Patienten humaner, und sie ist kostengünstiger, ohne die Heilungschancen zu vermindern.

Dazu wollen wir die Familien- und Nachbarschaftshilfe und die Zusammenarbeit der freigemeinnützigen, der privaten und öffentlichen Träger stärken und die Stellung des Hausarztes mit dem Ziel vermehrter Hausbesuche fördern.

Wir wollen humane Krankenhäuser, in denen der Patient eine optimale Behandlung und Pflege erhält. Der Pflegenotstand muß beseitigt werden. Das Pflegepersonal muß mehr Möglichkeiten zur Aus- und Fortbildung erhalten. Die Aufstiegsmöglichkeiten sind zu

verbessern. Wir wollen aber auch dazu beitragen, daß Krankenschwestern und Pfleger eine gesellschaftliche Anerkennung bekommen, die der Schwere des Berufs und der hohen Verantwortung gerecht wird.

Wir wollen durch Organisationsverbesserungen erreichen, daß Ärzte und Pflegepersonal mehr Zeit für den Patienten haben. Das Krankenhaus muß zum einen kosteneffektiv organisiert werden und zum anderen ein menschlicher Aufenthalt für die Kranken sein (siehe Kapitel Finanzen - Verselbständigung der Krankenhäuser).

Wir wollen mit der Veränderung der Krankenhausstruktur durch den Abbau von zu vielen sogenannten Hochleistungsbetten sowie durch Schaffung von Rehabilitations- und Mobilisationszentren für chirurgische, neurochirurgische, orthopädische und geriatrische Patienten in der stationären Behandlung sozial tragbare Pflegesätze erreichen.

Wir wollen durch den Ausbau vielfältiger präventiver Maßnahmen dazu beitragen, den Einstieg in die Drogensucht zu verhindern und Abhängigkeit frühzeitig zu erkennen. Drogenprävention muß dort angeboten werden, wo Jugendliche anzutreffen sind, d.h. in den Schulen, in den Betrieben, in Jugendeinrichtungen, in Diskotheken. Damit Jugendliche und Eltern vor Ort sachkundige Ansprechpartner finden, werden wir die erforderlichen personellen und sachlichen Voraussetzungen schaffen.

Wir wollen durch öffentlichkeitswirksame Maßnahmen auf die Gefahren des Drogenmiß-

Der Drogenkonsum hat 1990 in der Bundesrepublik Deutschland 1.480 Todesopfer gefordert. Mit 78 Drogenloten hatte Bremen dabei einen traurigen Rekord unter den deutschen Großstädten zu verzeichnen.

brauchs hinweisen, z.B. durch Anzeigen in Jugend- und Szene-Zeitschriften, Anti-Drogen-Spots in Kinos und Video-Clips in Diskotheken.

Beratungsangebote und Hilfen müssen zum Ziel haben, möglichst viele bereits Drogenabhängige zu erreichen, deren gesundheitliche Situation zu verbessern und ihnen zu helfen, wieder ein Leben ohne Drogen führen zu können. Wir wollen die Angebote der Drogenberatung verbessern.

Wir wollen, daß entzugs- und ausstiegswillige Drogenabhängige sofort und ohne bürokratische Verzögerung in Therapieeinrichtungen vermittelt werden. Neben den stationären Therapien werden wir die Behandlungsformen differenziert und flexibel ausbauen. Dazu gehören ambulante und teilstationäre Angebote. Den Abhängigen müssen auf ihrem Weg aus der Sucht Beschäftigungsmöglichkeiten angeboten werden, um die neugewonnene Zeit sinnvoll auszufüllen.

Für Drogensüchtige, für die eine drogenfreie Therapie noch nicht in Betracht kommt, wollen wir Methadon als Substitutionsangebot bereitstellen, welches in Tagesrationen unter ärztlicher Aufsicht und Kontrolle abgegeben und eingenommen wird. Substituierte Drogenabhängige müssen in kleinen Gruppen psychosozial betreut werden.

Drogenabhängige können selten ihre Sucht aus eigenem Einkommen befriedigen. Beschaffungskriminalität und Prostitution sind die Folge. Neben Prävention und Therapie sind deshalb auch polizeiliche Maßnahmen unverzicht-

barer Bestandteil einer verantwortungsvollen Drogenpolitik (Näheres siehe Kapitel "Sicherheit").

DEN SPORT FÖRDERN

Die Verkürzung der Arbeitszeit bietet eine große gesellschaftspolitische Chance, die wir mit einer sinnvollen Freizeit nutzen wollen. Der Sport stellt hierbei eine herausragende Möglichkeit der Freizeitgestaltung dar. Er sichert nicht nur die Erhaltung von psychischer und physischer Gesundheit, sondern hat gleichzeitig einen pädagogischen Effekt und ist ein Ausdruck von Lebensfreude.

Sportvereine und Verbände müssen sich öffnen und den individuellen Bedürfnissen der Menschen Rechnung tragen. Wir wollen durch Unterstützung von Privatinitiativen ein verstärktes Angebot im Freizeitbereich schaffen. Wir werden die Vereine als freie Träger in den Mittelpunkt unserer Freizeitpolitik stellen. Staatliche Angebote dürfen allerdings erst dann einsetzen, wenn Vereine und Verbände Aufgaben aus eigener Kraft nicht nachkommen können. Wir wollen Vereine besonders unterstützen, wenn sie den Staat bei der Verwaltung und Unterhaltung von Sportstätten entlasten.

Wir wollen das ehrenamtliche Engagement von Trainern, Sportlern und Funktionären, die ihre Freizeit dem Sport widmen, stärken und in diesem Bereich für weitere Verbesserungen sorgen.

Die CDU hat mit ihrem Vereinsförderungsgesetz erreicht, daß 95 % aller Sportvereine für gemeinnützige Tätigkeiten von der Steuer befreit sind, die Verwaltungsarbeit der Vereine einfacher und unbürokratischer geworden ist und daß das Ehrenamt als Stütze der Gemeinnützigkeit gefördert wird.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat die Beibehaltung der Übungsleiterpauschale in Höhe von DM 2.400,- durchgesetzt und damit das ehrenamtliche Engagement abgesichert.

Wir wollen den Schulsport fördern, um jungen Menschen früh die Gelegenheit zu geben, ihr Interesse am Sport zu entdecken. Wir werden durch eine Ausweitung des Sportangebots an allgemeinbildenden Schulen im außerunterrichtlichen Bereich am Nachmittag eine enge Kooperation zwischen Sportvereinen und Schulen ermöglichen. Die Zusammenarbeit durch einen Lehrer-Trainer-Austausch muß stärker gefördert werden.

Ein wichtiger Bestandteil des Sportlebens einer Stadt ist der Leistungs- und Spitzensport. Wir werden durch eine systematische Auswertung schulsportlicher Veranstaltungen die Talentsuche ausbauen. Des weiteren wollen wir, daß die Talente verstärkt Möglichkeiten zur Teilnahme an internationalen Wettkämpfen erhalten. Wir werden uns dafür einsetzen, daß in Bremerhaven ein Leistungszentrum für den Tanzsport entsteht.

V. BILDUNG UND AUSBILDUNG VERBESSERN

Wir treten für eine Schule ein, die sich den Herausforderungen einer hochtechnisierten Welt stellt, in der eine große Breite an Begabungen und Fähigkeiten, wie auch eine Vielfalt an Wissen und Bildung notwendig sein werden. Die jungen Menschen sollen zum selbständigen, verantwortungsbewußten, kreativen und innovativen Handeln qualifiziert werden. Unsere Kinder müssen in der Schule durch eine an christlichen und humanistischen Wertvorstellungen orientierte Bildung und Erziehung auf ihre Zukunft vorbereitet werden. Dabei streben wir eine enge Zusammenarbeit mit den Eltern an, deren Erziehungsrechte zu sichern sind.

Schule muß Begabungen erschließen und Leistungsbereitschaft wecken. Eine gute Bildung ist nicht nur Nachweis von Wissen und Engagement, sondern beinhaltet auch soziales Verhalten. Schule muß dem Schwächeren Förderung geben und dem Stärkeren höhere Leistung abverlangen. Sie muß deutlich machen, daß ihr Erziehungsauftrag den kritik- und urteilsfähigen, zum selbständigen Handeln befähigten jungen Menschen zum Ziel hat. Leistungsforderung ist für die Schülerinnen und Schüler ein unentbehrlicher Ansporn. Einsatzbereitschaft für den Schwächeren und Achtung vor den Mitmenschen müssen gefördert und anerkannt werden.

GLEICHMACHEREI DURCH VIELFALT ERSETZEN

Unseren Kindern und Jugendlichen soll ein vielfältiges Angebot an Schulen zur Auswahl gestellt werden.

Ein gegliedertes und auf Durchlässigkeit angelegtes Schulwesen mit Hauptschule, Realschule und Gymnasium fördert die individuellen Begabungen und sichert gleichzeitig die Chancengerechtigkeit.

Schule darf nicht das Experimentierfeld für Ideologen sein. Sie muß von der großen Mehrheit der Bürger bejaht und getragen werden.

Wir lehnen die integrierte Gesamtschule als Regelschule für den Sekundarbereich I ab, ebenso die Integration von beruflicher und gymnasialer Bildung als Regelfall im Sekundarbereich II. Den entsprechenden § 3 im bremischen Schulgesetz werden wir ändern.

Die integrierten Gesamtschulen, die nicht als eine bessere Alternative zum bestehenden gegliederten Schulsystem überzeugen konnten, sollen nur bei entsprechender Nachfrage erhalten bleiben. Weitere werden nicht eingerichtet. Inhaltliche Veränderungen sind jedoch auf alle Fälle unverzichtbar, um die Vergleichbarkeit und Gleichwertigkeit mit dem gegliederten Schulsystem sicherzustellen. Eine finanzielle Bevorzugung gegenüber gleichartigen Angeboten des Sekundarbereichs I lehnen wir ab.

Gewachsene Schuleinheiten wurden von der SPD dem Prinzip der Stufenschule geopfert und zerschlagen.

Heute sind Bildungsgänge zerstückelt und zerstört. Schülerinnen und Schüler werden von Lehrern unterrichtet, denen oft Kenntnisse und Unterrichtserfahrungen in den sich anschließenden Schulstufen fehlen.

Ein Gesamtschulplatz kostet ca. 9.500 Mark im Jahr und damit erheblich mehr als ein Schulplatz des gegliederten Schulwesens mit 6.600 Mark.

Gesamtschulen werden von Eltern oft nur deshalb angewählt, weil sie eine Ganztagsbetreuung ermöglichen. Soweit es den Eltern jedoch um eine ganztägige Betreuung geht, ist die Ganztagsbetreuungsschule innerhalb eines gegliederten Schulsystems die pädagogisch sinnvollere und kostengünstigere Alternative. Dementsprechende Angebote müssen geschaffen werden.

DIE SCHULE WIEDER FREI WÄHLEN KÖNNEN

Wir wollen, daß Schüler über die Schulbezirksgrenzen hinaus sich ihre Schule frei wählen können und werden "Zwangs"-Zuweisungen abschaffen. Dazu müssen die Durchsetzbarkeit des Elternwillens gesetzlich gestärkt und die Schulbezirksgrenzen durchlässig gestaltet werden.

Gegen den Willen der CDU ist im Lande Bremen die Stufenschule mit Schulzentren durchgesetzt worden. Eine generelle sofortige Rückführung zur früheren Schulorganisation würde für die Schülerinnen und Schüler des Landes Bremen erneut Unruhe durch Schulwechsel und Standortverlagerungen bedeuten.

Im Interesse von Schülern und Eltern werden wir bei unserer Bildungspolitik die vorhandenen Schulstrukturen nur behutsam ändern. Innerhalb der Schulzentren müssen die einzelnen Schularten in ihrem jeweils eigenständigen Bildungsauftrag gestärkt werden.

UNTERRICHTSAUSFALL BESEITIGEN

Wir wollen durch eine bedarfsdeckende Versorgung mit Lehrerinnen und Lehrern für den Abbau des katastrophalen Unterrichtsausfalls sorgen und ausreichenden Schulraum bereitstellen. Aufgegebene Schulräume sollen nach Möglichkeit reaktiviert werden. Altbauschulen mit solider Bausubstanz sollen renoviert werden.

LEHRPLÄNE AN DEN NOTWENDIGKEITEN DES LEBENS ORIENTIEREN

Wir setzen uns für Lehrpläne ein, nach denen unsere Kinder ihrem jeweiligen Alter gemäß unterrichtet werden. Grundwissen und Orientierung haben den Vorrang vor Spezialisierung. Die Grundfertigkeiten Lesen, Schreiben und Rechnen müssen sicher beherrscht werden. Dem musischen und künstlerischen Unterricht muß wieder mehr Raum gegeben werden.

Wir fordern ein breites Fremdsprachenangebot in den Schulen, das den Erfordernissen eines zusammenwachsenden Europa gerecht wird. Deshalb werden wir bereits in der Grundschule vermehrt Fremdsprachenangebote einführen und an Haupt- und Realschulen sowie an Gymnasien vermehrt bilinguale Bildungsgänge einrichten.

GRUNDSCHÜLER FÖRDERN

Eltern müssen sich darauf verlassen können, daß die angesetzten Unterrichtszeiten eingehalten werden. Betreuungs- und Förderungsmöglichkeiten außerhalb des Unterrichts sollen ein freiwilliges Angebot an berufstätige Eltern und Alleinerziehende darstellen und auch Einzelkindern bei ihrer Entwicklung helfen.

IN DER ORIENTIERUNGSSTUFE STÄRKER DIFFERENZIEREN

Die Orientierungsstufe ist in der jetzigen Form eine integrierte Gesamtschulstufe. Um sie zu einer wirklichen Phase der Orientierung zu machen, werden wir die Orientie-

Die jetzige Orientierungsstufe berücksichtigt nicht die unterschiedlichen Begabungen der Schüler. Sie werden teils über-, teils unterfordert und dadurch in ihrer Entwicklung nicht ausreichend gefördert.

rungsstufe so gestalten, daß die Schülerinnen und Schüler entsprechend ihren Begabungen und ihrem Leistungsvermögen auf den Übergang in Hauptschule, Realschule oder Gymnasium vorbereitet werden. Wir wollen schwächere Schüler zusätzlich fördern und begabten Schülern weitergehende Angebote machen. Französisch und Latein müssen von der 5. Klasse an alternativ zu Englisch als erste Fremdsprache angeboten werden. Dies ist auch im Hinblick auf mögliche Schulwechsel innerhalb der Bundesrepublik Deutschland wichtig.

DIE HAUPTSCHULE AUFWERTEN

Die Hauptschule muß als eigenständige Schulart wegen ihres besonderen Bildungsauftrages gestärkt werden und braucht eine eigene Stundentafel. Sie soll pädagogisch besonders auf den Bereich der praktischen Berufe ausgerichtet sein. Betriebspraktika und Betriebserkundungen, welche die Berufsfindung erleichtern, und ein in Verbindung mit den Berufsschulen durchgeführter praktischer Unterrichtsanteil müssen zu festen Bestandteilen des Unterrichts in der Hauptschule werden.

Wir werden das verpflichtende 10. Hauptschuljahr wieder abschaffen, weil damit lediglich die Schulzeit verlängert wird und die Jugendlichen an einer früheren Aufnahme eines Ausbildungsberufes gehindert werden. Zur Berufsvorbereitung und zur Erlangung der Berufsmaturität wollen wir jedoch freiwillige Angebote unterstützen.

REALSCHULE STÄRKEN

Die Realschule hat wegen der Entwicklung zu einer immer differenzierter werdenden Arbeitswelt einen besonderen Bildungsauftrag. Wir wollen diesen Bildungsauftrag stärken. Sie soll den Schülerinnen und Schülern ein vielfältiges weiterführendes Bildungsangebot für qualifizierte Berufe und weitere schulische Lernwege eröffnen. Wir wollen die Stellung der Realschule durch besser ausgestatteten Fachunterricht sowie durch ein breiteres Angebot an Wahlpflicht- und Wahlfächern stärken.

MEHR DURCHGÄNGIGE GYMNASIEN EINRICHTEN

Das Kippenberg-Gymnasium als vorletztes Bremer Vollgymnasium muß erhalten und der Schulstandort Hermann-Böse-Straße ab dem Schuljahr 1991/92 zu einem durchgängigen bilingualen Gymnasium ausgebaut werden. Wir wollen wieder mehr durchgängige Gymnasien einrichten. Schrittweise sollen die gymnasialen Mittelstufen den gymnasialen Oberstufen oder umgekehrt - je nach Standortgegebenheiten - angegliedert werden. Der besondere Bildungsauftrag für das Gymnasium - durch eine breite Allgemeinbildung auf Studium und Berufsausbildung vorzubereiten - läßt sich nur durch einen personell und organisatorisch durchgehenden Bildungsgang mit entsprechenden Lehrplaninhalten erfüllen.

SCHUL- UND STUDIENZEITEN VERKÜRZEN

Wir wollen die Verkürzung der gymnasialen Schulzeit um ein Jahr, d. h. ein Abitur nach zwölf Schuljahren. Durch eine Überarbeitung

Die SPD hat das Gymnasium zerschlagen.

der Lehrpläne, ihrer Umgestaltung für ein fachübergreifendes Lernen und einer Konzentration auf das Wesentliche werden wir erreichen, daß die Gymnasialzeit verringert wird und sich unsere Hochschulabsolventen, die im europäischen Vergleich zu alt sind, dem Wettbewerb des sich zusammenwachsenden europäischen Arbeitsmarktes stellen und auch ihren beruflichen Werdegang früher gestalten können. Deshalb werden wir uns auch für eine Straffung der Studieninhalte zur Verkürzung der Studienzeiten einsetzen.

SCHWACHE UND BENACHTEILIGTE FÖRDERN

Wir wollen die Sonderschulen personell und sachlich so ausstatten, daß Schülerinnen und Schüler im Rahmen ihrer Möglichkeiten optimal gefördert werden können. In jeder Alterstufe muß der Übergang auf die Grund- und Hauptschule möglich sein.

Wir werden behinderte Schülerinnen und Schüler in den normalen Unterricht integrieren, wo immer das möglich ist und dies ihren speziellen Bedürfnissen entspricht. In enger Zusammenarbeit mit dem Elternhaus werden wir durch gemeinsame Erziehung von Behinderten und Nichtbehinderten die gesellschaftliche Integration von Behinderten vorantreiben.

Wir werden Kindern von Aussiedlern sowie ausländischen Schülerinnen und Schülern gezielte Förderungsmaßnahmen anbieten, damit sie dem Unterrichtsverlauf folgen können.

FÜR DIE BERUFLICHE BILDUNG MEHR TUN

Drei von vier Jugendlichen eines Jahrganges wählen den Weg über das duale System in den Beruf. Statt den berufsbildenden Schulen zu helfen, stürzt sich die SPD in immer neue Schalexperimente.

Wir wollen, daß die Träger der dualen beruflichen Ausbildung, Schule und Betrieb, den Jugendlichen zukunftsbezogene Qualifikationen vermitteln, mit denen sie in einem sich verändernden Europa einen Beruf ausüben, Verantwortung übernehmen und ihr Leben gestalten können. Die Weiterentwicklung der beruflichen Bildung hat deshalb einen hohen Stellenwert. Die duale Berufsausbildung muß wieder eine attraktive Alternative zur akademischen Berufsausbildung werden, um den Qualifikationsvorteil der Bundesrepublik Deutschland, der im wesentlichen in den gewachsenen und spezifischen Berufsmustern liegt, zu sichern. Hier sind die Träger der dualen Berufsausbildung, der Staat und die Wirtschaft, gleichermaßen gefordert, entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen.

Durch entsprechende Maßnahmen wollen wir erreichen, daß besonders Mädchen bessere Ausbildungschancen erhalten. Wir werden bereits in der allgemeinbildenden Schule darauf hinwirken, daß sich mehr Mädchen als bisher für naturwissenschaftlich-technische Fächer interessieren und an entsprechende Ausbildungsgänge herangeführt werden.

Neben einem ausreichenden Angebot an Plätzen muß aber auch die Qualität der Berufsausbildung den Anforderungen der modernen Arbeitswelt angepaßt werden. Die bewährte Zusammenarbeit von Betrieb und Berufsschule als duales System bleibt auch für die Zukunft unverzichtbar.

Der Unterrichtsausfall an bremischen Berufsschulen ist dramatisch. Dies beeinträchtigt die Qualität der Berufsausbildung und mindert damit die Zukunftschancen junger Menschen.

Hierzu gehört vorrangig die umgehende schulische Umsetzung der neugeordneten Ausbildungsberufe. Wir werden dafür Sorge tragen, daß die betroffenen Berufsschulen mit den notwendigen Geräten und Einrichtungen ausgestattet werden und daß die erforderliche Fortbildung der Berufsschullehrer und Lehrmeister zügig und ohne Beeinträchtigung der Unterrichtsversorgung erfolgt. Dieses sollte in enger Abstimmung mit den Weiterbildungsmaßnahmen für betriebliche Ausbilder erfolgen.

Wir wollen wieder das System eigenständiger Berufsschulen in Bremen einführen. Eine Zusammenarbeit zwischen Gymnasien und Berufsschulen ist dort denkbar, wo Berufsschulen Leistungsfächer für die gymnasiale Oberstufe anbieten (z. B. Maschinenbau, Elektrotechnik). Eine Integration von beruflicher und gymnasialer Bildung lehnen wir ab.

Wir wollen nur noch für benachteiligte Jugendliche eine vollschulische Berufsausbildung anbieten. Die Förderung weiterer vollschulischer außerbetrieblicher Ausbildungsgänge wollen wir einstellen.

DIE HOCHSCHULEN IM LANDE BREMEN LEISTUNGSFÄHIGER MACHEN

Wir wollen an den Hochschulen Bremens und an der Hochschule Bremerhaven leistungsfähige, national und international anerkannte Studiengänge und Forschungsschwerpunkte schaffen und diese mit den entsprechenden Einrichtungen an anderen Hochschulstandorten im nordwestdeutschen Raum so abstimmen, daß sie sich ergänzen, aber nicht in Konkurrenz zu

einander treten, da dieses auch für das Land Bremen kostengünstiger ist.

Wir werden dafür sorgen, daß sich der Forschungs- und Entwicklungsbereich im Land Bremen in einem verschärften Standortwettbewerb - auch im Hinblick auf den EG-Binnenmarkt - behaupten kann. Wir wollen mehr wissenschaftliche Spitzenleistungen in der Forschung fördern. Wir werden den akademischen Mittelbau für den Auf- und Ausbau leistungs- und konkurrenzfähiger Forschungsschwerpunkte verstärken. Hierzu setzt die CDU sich für eine bessere Ausstattung der einzelnen Fachbereiche sowie der Bibliotheken ein. Wir werden den wissenschaftlichen Nachwuchs für Hochschulen, außeruniversitärer Einrichtungen und für die Wirtschaft fördern.

Es gilt, zu einer Balance von Grundlagen- und angewandter Forschung zu kommen. Industrielle Forschung ist zu fördern. Wir wollen mit dem Ziel der Ausgewogenheit die technischen und naturwissenschaftlichen Studiengänge an der Universität gegenüber den geisteswissenschaftlichen stärken. Wir wollen eine bessere Zusammenarbeit und stärkeren Wissenstransfer zwischen den bremischen Hochschulen und der Wirtschaft in der Region. Wir setzen uns dafür ein, daß die Studienangebote an den Hochschulen des Landes Bremen zu überregionalen Standards und zu bundesweit anerkannten berufsqualifizierenden Abschlüssen führen.

Die SPD hat das Land Bremen mit seinem verschwindend geringen Kulturretat kulturpolitisch erdrückt. Die Kultureinrichtungen des Landes Bremen können nur noch aufgrund von Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit oder aus Wettmitteln betrieben werden.

DER KULTUR BESSERE CHANCEN GEBEN

Die kulturelle Vielfalt und die Breite des kulturellen Angebots bestimmen wesentlich die Attraktivität unseres Bundeslandes. Die Lebens- und die Wohnortqualität in Bremen und Bremerhaven werden von diesen Faktoren entscheidend geprägt. Breiten- und Spitzenkultur haben die Entwicklung sowie Förderung von Kreativität zum Inhalt und sind außerdem Ausdruck der Leistungsfähigkeit Bremens und Bremerhavens.

Das Engagement der einzelnen Bürger, privater Initiativen und Träger soll durch staatliche, auf die Breiten- und Spitzenkultur abgestimmte Kulturförderung gestärkt werden. Nur so kann sich künstlerische und kulturelle Vielfalt entwickeln.

Staatliche Bevormundung und Kontrolle lehnen wir ab. Wir werden die Arbeit der Kultureinrichtungen in Bremen und Bremerhaven durch eine enge Verbindung mit privatem Engagement langfristig sicherstellen.

Wir wollen uns für eine Kulturstiftung in freier Trägerschaft einsetzen, die neben privaten Zuwendungen auch staatliche Förderung erhalten kann. Die Hauptaufgabe dieser Stiftung soll darin bestehen, herausragende kulturelle Aktivitäten zu ermöglichen und die Kulturförderung unabhängig von staatlichen Haushaltsnöten zu sichern.

Wir werden die Forderung des Deutschen Städtelages erfüllen und stufenweise mindestens 3 % der Haushaltsmittel dem kulturellen Bereich zur Verfügung stellen.

Wir werden dafür sorgen, daß die personelle Infrastruktur der Kultureinrichtungen Bremens und Bremerhavens durch einen besonderen Etat im Landeshaushalt sichergestellt wird.

Ein vielfälliges und breites Angebot an kulturellen Einrichtungen trägt auch zur höheren Standortqualität Bremens und Bremerhavens bei.

Wir wollen einen Landesmuseumsplan mit dem Ziel der Konsolidierung und Erweiterung der Attraktivität des Museumsangebotes in Bremen und Bremerhaven. Dazu gehört die grundlegende Sanierung des Landesmuseums für Kunst und Kulturgeschichte (Focke-Museum), der zügige Innenausbau des Überseemuseums mit der Ergänzung der Schausammlungen und der Wiedereinrichtung des Aquariums, die zügige Errichtung des Erweiterungsbaus des Deutschen Schifffahrtsmuseums, Bremerhaven, und des Goethe-Museums für moderne Kunst, Bremerhaven.

Wir werden für ein arbeitsfähiges Landesamt für Denkmalpflege und für die unverzügliche Sicherung der Arbeitsfähigkeit des Amtes des Landesarchäologen sorgen.

Die Existenz und die Leistungskraft bewährter öffentlicher Kultureinrichtungen, z. B. der Stadtbibliothek und der Jugend- und Volksmusikschule sind personell und materiell zu gewährleisten.

Die SPD hat die Denkmalpflege im Lande Bremen stark vernachlässigt.

VI. VERFASSUNG UND VERWALTUNG REFORMIEREN

Bremens Verfassung ist in weiten Teilen überholt. Die Verwaltungsstruktur wird modernen Anforderungen nicht gerecht. Es gibt zu viele und schlecht koordinierte Behörden. Die Entscheidungsabläufe sind unübersichtlich. Unnötige Kosten tragen zur bremischen Finanzmisere bei.

Das Land Bremen erlebte in den vergangenen Jahren mehrere Skandale mit Millionenschäden. Immer war auch Unübersichtlichkeit staatlicher und kommunaler Zuständigkeiten Ursache fehlender Aufsicht durch das Land mit schwerwiegenden finanziellen Folgen.

Als kleinstes Bundesland hat Bremen eine zu große Zahl von Senatsressorts, selbständigen Ämtern (zum Beispiel das Landesamt für Entwicklungszusammenarbeit) und Zentralstellen (zum Beispiel für Zugewanderte). Das führt zu Doppelarbeit und Unübersichtlichkeit mit hohen Kosten. Wir wollen die Zahl der Senatsressorts vermindern, selbständige Ämter auflösen oder in die Verwaltung eingliedern.

Wir wollen Zuständigkeiten und Behörden des Landes und der Stadt Bremen klar und funktionsgerecht trennen.

Wir wollen die Bürgerschaft auf 51 Abgeordnete verkleinern und Direktwahlkreise einführen. Wir wollen die Deputationen durch Parlamentsausschüsse ersetzen.

Die Bevölkerung hat ein rasch wachsendes Bedürfnis, unmittelbar an den Entscheidungen über die Gestaltung des Staates mitzuwirken. Das gilt besonders für so überschaubare Verhältnisse wie in Bremen und Bremerhaven. Wir wollen daher die Durchführung von Volksabstimmungen entscheidend erleichtern und in unseren Städten den Bürgerentscheid bei wichtigen Fragen ermöglichen.

Wir wollen die Kompetenzen der Beiräte auf die Bereiche ausdehnen, die ohne Widerspruch zu den gesamtstädtischen Entwicklungen vor

Für Bürgerinnen und Bürger ist der zuständige Beirat in der Regel wichtigster Ansprechpartner für die Entscheidungen

der Stadt Bremen. Um die zentrale Machtsstellung nicht zu gefährden, hat die SPD deren Kompetenzen aber auf ein Minimum beschränkt. Die konkreten Wünsche der örtlichen Bevölkerung werden daher sehr häufig nicht berücksichtigt.

Behörden und Gerichte sind über ganz Bremen und Bremerhaven verstreut. Das Behördenraumkonzept ist völlig unzureichend und berücksichtigt nicht das Funktionieren der Verwaltung.

Die Chance der Beförderung in Bremen und Bremerhaven steigt überproportional mit dem SPD-Parteibuch. Frust und Arbeitsunlust breiten sich daher im öffentlichen Dienst aus.

Ort entschieden werden können; sie werden die zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Finanzmittel erhalten.

Wegen der Vermischung der Zuständigkeiten der Stadt und des Landes Bremen gibt es keine unabhängige Widerspruchsinstanz gegen Behördenentscheidungen. Sehr oft werden daher Widersprüche in einer Deputation behandelt. Dadurch wird die Verwaltung zusätzlich politisiert. Wir wollen unabhängige und entscheidungsbefugte Widerspruchsausschüsse einrichten, vor denen die Betroffenen ihre Anliegen persönlich erörtern können.

Wir werden Ämter, Behörden und Gerichte räumlich zusammenlegen, gegebenenfalls verkehrsgünstig gelegene Neubauten errichten und dann Altbauten verkaufen; dezentrale Behörden werden wir mit Ortsämtern verbinden.

Wir werden die Zahl der Gutachten in allen Bereichen entscheidend vermindern und statt dessen fähige Mitarbeiter zur Vorlage hervorragender Arbeiten motivieren.

Wir werden dafür sorgen, daß zukünftig leistungsgerecht und parteibuchunabhängig allen Beamten, Angestellten und Arbeitern Beförderungschancen eröffnet werden.

VII

DEN POLITISCHEN KURSWECHSEL AUCH IN BREMERHAVEN HERBEIFÜHREN

In Bremerhaven findet am 29. September 1991 neben der Wahl der Abgeordneten für die Bremische Bürgerschaft (Landtag) auch die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung statt. Dazu hat der Kreisparteitag der CDU in Bremerhaven am 7. Mai 1991 das nachfolgende Programm beschlossen.

Der CDU-Landesparteitag hat am 25. Mai 1991 die Aussagen dieses Programms beschlossen, soweit sie die Landespolitik betreffen. Die ausschließlich kommunalpolitischen Aussagen wurden zur Kenntnis genommen.

I. WIRTSCHAFT, HAUSHALT UND FINANZEN

Die nach wie vor desolante Finanzlage Bremerhavens hat ihre Ursachen in der jahrzehntelangen verfehlten Finanz- und Wirtschaftspolitik der mit absoluter Mehrheit alleinregierenden SPD. Eine maßlose und unkontrollierte Ausgabenpolitik, die Investitionsschlacht der 70er Jahre mit den daraus resultierenden hohen Folge- und Unterhaltungskosten, schließlich die unverantwortlich hohe und von 1976 bis 1988 gesetzeswidrige Schuldenaufnahme für konsumtive Ausgaben, die die Bremerhavener Bürger mit hohen Zins- und Tilgungsleistungen bis weit über das Jahr 2000 hinaus in einem unerträglichen Maße belastet, haben die Stadt an den Rand des finanziellen Ruins geführt.

Bremerhaven zahlt 1991 täglich 235.000,- DM an Zinsen und 82.000,- DM an Tilgungsleistungen. Die Pro-Kopf-Verschuldung liegt mit 8.727,- DM um ca. 416 % über dem Durchschnitt der deutschen Städte und Gemeinden. Nach wie vor gibt es mit weitem Abstand keine so hoch verschuldete Stadt. Bei der Belastung der Bürger und Wirtschaftsbetriebe mit Gebühren, Steuern und Entgelten liegt Bremerhaven absolut an der Spitze. Die Arbeitslosenzahlen der Seestadt liegen mit 14,8 % (Januar 1991) weit über den Durchschnittswerten der Bundesrepublik.

Wir wollen Bremerhaven in seiner prekären wirtschaftlichen und finanziellen Lage nicht alleinlassen. Bremerhavens Probleme verstehen wir als Probleme des Landes Bremen und seiner Selbständigkeit.

Für eine nachhaltige Verbesserung der Bremerhavener Situation gibt es drei Ansatzpunkte:

Mittels einer effektiven und erfolgreichen Wirtschaftsförderungspolitik muß dafür gesorgt werden, daß durch mehr und lohnendere Beschäftigung auch die kommunalen Steuereinnahmen erhöht werden.

Angesichts der völlig ungleichmäßigen Schuldenentwicklung in den Städten Bremerhaven und Bremen muß das Land Bremen einen Beitrag zur Entschuldung Bremerhavens leisten.

Die Stadt Bremerhaven muß aber auch durch vernünftige Ausgabenkürzungen einen Eigenbeitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten.

Nur eine florierende Wirtschaft, mehr und besser produzierende neue und bestehende Betriebe bringen mehr Einnahmen für die Stadtkasse und führen zu einem wirksamen Abbau der hohen Arbeitslosigkeit und der damit verbundenen Folgekosten und sozialen Probleme für Bremerhaven.

Wir wollen die Weichen stellen, damit Bremerhaven nicht völlig den Anschluß an den wirtschaftlichen Aufschwung im übrigen Bundesgebiet verpaßt. Auch in Bremerhaven müssen hierfür nun endlich die richtigen politischen Voraussetzungen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gesetzt werden.

Mit seiner Fischwirtschaft bringt Bremerhaven einen großen Wirtschaftszweig in das gesamtwirtschaftliche Angebot des Landes Bremen ein.

Wir wollen die vielen tausend Arbeitsplätze in der Fischindustrie, im Dienstleistungsbereich der Fischwirtschaft, bei den Zulieferbetrieben und der Kutterfischerei nicht nur absichern, sondern den Fischereihafen durch Modernisierung der Infrastruktur zu einem innerhalb der EG wettbewerbsfähigen Fischereihafen und Lebensmittelzentrum ausbauen. Dazu halten wir einen Katalog von Maßnahmen für erforderlich:

- Die eigene Kutterflotte muß auf dem neuesten Stand der Technik gehalten werden, um ein rentables Fischen zu gewährleisten, den Anteil der Eigenanlandungen in Bremerhaven zu stabilisieren und den nationalen Anspruch auf Fangquoten für die Bundesrepublik Deutschland zu sichern.

- Wir wollen den Subventionswettkampf zwischen den konkurrierenden Seefischmärkten Bremerhaven und Cuxhaven beenden und zu einer wirtschaftlichen Kooperation beider Seefischmärkte kommen, um die Region zu stärken und beiden Seefischmärkten innerhalb der EG Standortvorteile zu schaffen.

- Wir wollen die fischverarbeitende Industrie in Bremerhaven weiter stärken, indem wir uns für eine Liberalisierung von Frischfisch- und Frostfischimporten aus Drittländern einsetzen und neue Produkte in der Fischverarbeitung (Heringsverarbeitung, Tiefkühlprodukte, Fertiggerichte, Bionahrung, Biofutter) ermöglichen.
- Wir wollen die Einrichtung Qualitäts- und Marketingzentrale sowie alle weiteren Einrichtungen, die der Qualitätsverbesserung und Absatzsteigerung von Fischereiprodukten dienen, unterstützen und fördern. Hierzu gehört auch eine wesentliche Beschleunigung der Baudurchführung des "Schaufenster Fisch" im Fischereihafen.
- Besondere Bedeutung hat für uns die Ansiedlung von importabhängigen Firmen der Nahrungs- und Genußmittelindustrie, die die vorhandene Infrastruktur ergänzen.
- Wir wollen eine Erweiterung der Fischereihafen-Doppelschleuse zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Werften und der Fischwirtschaft.
- Der Fischereihafen ist das größte Gewerbegebiet Bremerhavens. Wir wollen, daß bei Neuansiedlungen in diesem Bereich ansiedlungswilligen Betrieben Industriegelände nicht nur als Erbbaurecht angeboten wird, sondern ihnen auch die Möglichkeit offensteht, das Gelände als Eigentum zu erwerben. Das gleiche gilt für bereits ansässige Betriebe, die den Wunsch haben, bei geplanten Neuinvestitionen ihr Gelände käuflich zu erwerben.

Im Bereich der Hafeninvestitionen gehören die Erweiterung des Container-Terminals und der Bau einer neuen Stromkaje zu den vorranglichen Projekten in Bremerhaven. Überdies sind kontinuierliche Erneuerungs- und Sanierungsinvestitionen erforderlich; insbesondere für die Kaiserschleuse (Inbetriebnahme 1895) und die Nordschleuse (Inbetriebnahme 1930) sind die Sanierungsmaßnahmen voranzutreiben. Wir wollen, daß die der Stadtgemeinde Bremen unterstehenden Bremerhavener Überseehäfen in Landeshäfen umgewandelt werden.

Wir wollen den Wirtschaftsstandort Bremerhaven stärken. Hierzu müssen zunächst die Rahmenbedingungen zur Ansiedlung von Gewerbebetrieben verbessert werden. Bremerhaven kann sich nicht den Gewerbesteuersatz der Stadt Bremen leisten. Wir treten für eine Senkung um 30 Punkte auf das Niveau der Stadt Cuxhaven ein, wobei der Seestadt beim Landesfinanzausgleich hieraus keine Nachteile entstehen dürfen. Die Grundsteuer muß ebenfalls angemessen gesenkt werden.

Für vorhandene und sich neu ansiedelnde Unternehmen sind durch bedarfsgerechte Erschließungs- und Vorratspolitik ausreichend Gewerbeflächen zur Verfügung zu stellen. Die Verkehrsinfrastruktur ist diesen Erfordernissen anzupassen; eine funktionsfähige Verkehrsanbindung der Hafen- und Gewerbegebiete an das regionale und überregionale Verkehrsnetz ist sicherzustellen. Insbesondere sind für das Gebiet Luneplate zügig geeignete Erschließungs- und Infrastrukturmaßnahmen vorzuplanen, wobei wir auch einen Ausbau des Flugplatzes Luneort beabsichtigen.

Bei möglichen Neuansiedlungen von Wirtschaftsbetrieben im Lande Bremen sollen die Unternehmen verstärkt auf die Standortvorteile der Stadtgemeinde Bremerhaven aufmerksam gemacht werden.

Die Wirtschaftsförderung in Bremerhaven muß endlich koordiniert werden.

Die Mittel des Wirtschaftspolitischen Aktionsprogramms (WAP) sind effektiv zu gezielten Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur in Bremerhaven einzusetzen. Wir wenden uns gegen die bisherige Praxis, diese Finanzierungsmittel für die Begutachtung und Sanierung unwirtschaftlicher und maroder kommunaler Einrichtungen zu verschwenden.

Die CDU setzt sich für eine verstärkte Förderung von Tourismus und maritimer Industrie (Boots- und Yachtbau, Wassersportgeräte) in Bremerhaven ein. Eine erhöhte touristische Attraktivität der Seestadt käme gleichzeitig dem Bremerhavener Einzelhandel zugute. Wir wollen die Tourismusförderung im Rahmen eines einheitlichen städteplanerischen Konzepts für die Gestaltung der Bremerhavener Innenstadt auf eine breite Basis stellen. Die gründliche Neugestaltung des Stadtzentrums soll nach unserer Auffassung den Ausbau des Bereiches Alter / Neuer Hafen, die Neugestaltung der Oberen Bürger und des Columbus-Centers, den Umbau des Kirchenplatzes und der Fußgängerzone Bürger (ohne Busverkehr), die Schaffung eines Fußgängerbereiches in der "Alten Bürger", die landschaftliche Gestaltung der Rickmers-Halbinsel mit

Trotz des Einsatzes von erheblichen finanziellen Mitteln sind konkrete Ansätze zu einer Verbesserung der Wirtschaftsstruktur kaum zu erkennen. Von einer Umstrukturierung zu neuen Technologien und zukunftsorientierten Betrieben kann keine Rede sein. Es fehlt an einer klaren Konzeption für die Wirtschaftsförderung; angesichts der zahlreichen Institutionen, Gesellschaften und Vereinigungen entstehen statt Effizienz und Klarheit Kompetenzwirrwarr und Unübersichtlichkeit.

dem Bau des Grothe-Museums für moderne Kunst, die Planung des Geestewanderwegs sowie die Gestaltung des südlichen Geestufers mit dem neuen Morgenstern-Museum, ferner das Gebiet des ehemaligen Stadtbades sowie die Umgestaltung des Theodor-Heuss-Platzes zu einem "Marktplatz" mit Straßencafés etc. umfassen. Wir wollen den Zoo am Meer und das Deutsche Schiffahrtsmuseum erweitern.

Die CDU möchte bei der Erstellung dieses für Bremerhaven außerordentlich wichtigen planerischen Gesamtkonzepts eine breit angelegte Information und eine intensive Beteiligung möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger erreichen.

Der Senat der Freien Hansestadt Bremen muß im Hinblick auf die akute Gefährdung der Selbständigkeit des Landes Bremen Schritte unternehmen, um die Verschuldung der Stadt Bremerhaven zu Lasten des Landes auf ein Maß zu reduzieren, welches dem Niveau der Pro-Kopf-Verschuldung der Bürger der Stadt Bremen (rund 2.000,- DM) entspricht. Um dieses Ziel zu realisieren muß das Land Bremen entsprechende Schulden der Stadt Bremerhaven übernehmen.

Die CDU tritt für eine Neugestaltung des Finanzausgleiches im Lande Bremen ein. Anstelle der bisherigen Verteilung von 95 % für Stadt und Land Bremen und 5 % für die Stadt Bremerhaven muß die Verteilung der Finanzmittel künftig zugunsten Bremerhavens geändert werden.

Zu einer wirksamen Haushaltskonsolidierung muß Bremerhaven aber auch aus eigenen Kräf-

Der Anteil des Steueraufkommens an den Bremerhavener Stadteinnahmen ist mit ca. 15 % extrem niedrig, während die Bezuschussung durch das Land Bremen mit 54 % bereits relativ hoch ausfällt. Auf der Ausgabenseite dominieren Personalkosten mit knapp 52 % der laufenden Ausgaben, sowie Sozialausgaben. Angesichts der Höhe der kommunalen Verschuldung (1991: 1,143 Mrd. DM!) und der damit verbundenen Zins- und Tilgungsleistungen hat Bremerhaven in der Haushaltspolitik auf Jahre hinaus keine wesentlichen eigenen Gestaltungsmöglichkeiten, die Stadt befindet sich in völliger Abhängigkeit von den Zuweisungen Dritter. Ein wirksamer Abbau dieser Altlasten ist jedoch nicht absehbar. Letztendlich wird Bremerhaven seine derzeitigen finanziellen Lasten nur durch erhebliche Zuwendungen des Landes Bremen tragen können.

Bremerhaven hat zu viel und zu teures städtisches Personal. 1991 wendet Bremerhaven 181,4 Mio. DM an Personalkosten auf; pro Einwohner entspricht dies 1.385,- DM, deutlich mehr also, als in vergleichbaren Städten und Gemeinden.

ten alles unternehmen, um überflüssige Ausgaben - auch wenn damit für manchen Bürger angenehme Dinge finanziert werden - auf ein erforderliches Mindestmaß zurückzuführen.

Eine Verminderung der überproportional hohen Personalkosten durch Aufgabenverlagerungen und Umsetzungen sowie durch externe Organisationsuntersuchungen und Unternehmensberatung ist unabdingbar.

Andererseits sind in bestimmten Personalbereichen dringend bedarfsorientierte Neueinstellungen zu ermöglichen; an Bremerhavens Schulen fehlen Lehrkräfte, und die Personalausstattung der Polizei muß aufgestockt werden. Auch bei der Berufsfeuerwehr Bremerhaven ist die schlechte Altersstruktur der Einsatzkräfte durch Neueinstellungen zu verbessern.

Wir wollen auch die Besoldungshöhe hauptamtlicher Stadträte durch eine Änderung der Bremischen Besoldungsordnung herabsenken. Die Amtszeit der hauptamtlichen Magistratsmitglieder soll künftig sechs Jahre betragen.

II. VERKEHR

Unter dem Aspekt der Funktion Bremerhavens als Oberzentrum sowie im Hinblick auf die Chancen der deutschen Einheit für die Häfen in Bremerhaven nimmt die Verkehrspolitik eine bedeutende Rolle ein. Die CDU tritt ein für eine schnellstmögliche Errichtung des Wesertunnels bei Dedesdorf, der im Hinblick auf den EG-Binnenmarkt und als eine wesentliche Verkehrsanbindung zur Verbesserung der regionalen Infrastruktur an der Unterweser

und zur wirtschaftlichen Entwicklung Bremerhavens beitragen wird. Bezüglich der Realisierung dieses Projektes muß eine Abstimmung zwischen dem Magistrat der Stadt Bremerhaven, dem Bremer Senat, der Niedersächsischen Landesregierung sowie den Landkreisen Cuxhaven und Wesermarsch herbeigeführt werden.

Wir halten ein neues Gesamtkonzept zur besseren Anbindung der Bremerhavener Häfen an das öffentliche Verkehrsnetz für notwendig; hierbei sollte auch die Schaffung einer direkten Bundesbahnverbindung der Häfen in Bremerhaven mit Gebieten in den fünf neuen Bundesländern in Erwägung gezogen werden.

Bei der Ausweisung neuer Gewerbe- und Wohngebiete ist das Kriterium einer ausreichenden Verkehrsanbindung bzw. -erschließung zu beachten. Die innerstädtischen Verkehrsprobleme Bremerhavens sind durch Anpassung des vorhandenen Straßennetzes an das tatsächliche Verkehrsaufkommen zu beseitigen. Zur Entlastung des allgemeinen Verkehrsaufkommens wollen wir den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) erheblich ausweiten. Wir wollen einen Verkehrsverbund zwischen Bremerhaven und den niedersächsischen Umlandgemeinden mit einem einheitlichen Tarifsistem und Park-and-ride-Service schaffen. Insbesondere für den auswärtigen Verkehr sind Parkplätze besser auszuweisen.

III. ABFALLWIRTSCHAFT UND UMWELTSCHUTZ

Im Bereich der Abfallbeseitigung muß der Magistrat endlich Maßnahmen zur Entlastung des städtischen Haushaltes von den Verbrennungskosten und zur Reduzierung der Kosten für

Es fehlt in Bremerhaven immer noch an einem realistischen Abfallwirtschaftskonzept. Nach wie vor wird die Müllverbrennung in Bremerhaven mit unverhältnismäßig hohen Kosten betrieben. Weil die MBA bei ihrer Errichtung zu groß gebaut worden ist, müssen die Bremerhavener Bürger neben den extrem hohen Verbrennungskosten für die Verlustabdeckung der MBA aus Steuergeldern 1997 nochmals 3,6 Mio. DM zuschies-

Kosten der Altlastensanierung müssen mit Haushaltsmitteln oder über allgemeine Abfallgebühren getragen werden, weil es keinen Altlastenfonds gibt.

Abfallbeseitigung insgesamt ergreifen.

Wir wollen nicht, daß durch die Verbrennung stadtbremischen Mülls eine Kapazitätserhöhung der MBA erforderlich wird. Wir wollen eine - längst überfällige - Abfallbeseitigungs- und -vermeidungskonzeption für Bremerhaven unter Einbeziehung und in Absprache mit der uns umgebenden Region erarbeiten.

Wir wollen unverzüglich die Durchführung von Lärmschutzmaßnahmen bzw. die Errichtung eines Lärmschutzwalls an der A 27 und ihren Zubringern in Bremerhaven. Der LKW-Verkehr vom und zum Hafen darf nicht weiter durch die Stadt geführt werden, sondern ist über einen neuen BAB-Zubringer zu lenken.

Bei den Hafenerweiterungsmaßnahmen auf stadtbremischem Gebiet sind die Belange des Umweltschutzes (Erhöhung der Abgas- und Lärmbelastigung) zu berücksichtigen. Die Bürger in Speckenbüttel und Weddewarden sollten frühzeitig an den Planungen beteiligt werden. Es darf nicht zu einer Verschlechterung des Wohnumfeldes in diesen Gebieten kommen.

IV. ÖFFENTLICHE SICHERHEIT

Die CDU wird gezielte Maßnahmen zur Bekämpfung der Drogenkriminalität in Bremerhaven ergreifen. Die Einrichtung eines selbständigen Drogenkommissariats bei der Bremerhavener Polizei mit einer hinreichenden personellen und sachlichen Ausstattung hat angesichts des rapiden Anstiegs der Rauschgiftdelikte oberste Priorität. Neben repressiven und therapeutischen Maßnahmen ist aber auch

einer gewissen Zeitverzögerung wird auch die Stadt Bremerhaven von der neuen Drogenwelle erfaßt, die sich in Bremen schon voll niedergeschlagen hat. 1990 registrierte die Bremerhavener Polizei bei Drogendelikten bereits eine Zunahme von 54 %. Die Stadt droht, bei einem augenblicklich stark expandierenden Drogenmarkt und aufgrund der Situation als Hafen- und Garnisonsstadt zu einem "Oberzentrum" im Rauschgifthandel zu werden, wenn nicht Maßnahmen zur Gegensteuerung ergriffen werden. Derzeit stehen jedoch in Bremerhaven nur vier Kriminalbeamte zur Drogenbekämpfung zur Verfügung.

die Drogenprävention verstärkt auszubauen (s. u. VII.)

Wir wollen umgehend Maßnahmen gegen die steigende Straßekriminalität in Bremerhaven ergreifen. Mit dem Senat werden wir über zusätzliche Einstellungen bei der Polizei verhandeln, damit die Spät- und Nachtschichtbesetzungen verstärkt werden können. Der Einsatz von Polizeibeamten als Fußstreifen soll vermehrt und konsequent durchgeführt werden.

Die CDU setzt sich für die Einrichtung von Frauenparkplätzen im Columbus-Center ein, welche im Sichtbereich der Pfortnerloge einzurichten sind.

V. KULTUR, FREIZEIT UND SPORT

Ein vielfältiges und breites Angebot an Einrichtungen von Kultur, Bildung, Freizeit und Sport fördert die Attraktivität Bremerhavens und trägt wesentlich dazu bei, daß sich die Bewohner in unserer Stadt wohlfühlen. Gleichzeitig wird die Standortqualität Bremerhavens für Unternehmen und Haushalte erhöht, die Wirtschafts- und Steuerkraft verstärkt, und eine Abwanderung der Bevölkerung wird vermieden.

Kulturelle Vielfalt entsteht durch die Möglichkeit zur individuellen Entfaltung aller gesellschaftlichen Kräfte. Besondere Bedeutung kommt daher der Förderung der zahlreichen privaten, freien und kirchlichen Kulturträger und Initiativen zu, aber auch den Kulturinstitutionen in kommunaler Trägerschaft sind ausreichende Mittel für ihre Aufgaben zur Verfügung zu stellen.

Das Bremerhavener Stadttheater und das städtische Orchester mit seiner 80jährigen Tradition muß als Schauspiel-, Opern-, Operetten- und Musiktheater erhalten bleiben. Kinder und Jugendliche sind gezielt an das Theater heranzuführen.

Unterschiedliche, attraktive und interessante Museen sind u. a. ein wichtiger Faktor der Tourismusförderung. Sie bedürfen weiterhin der Förderung und finanziellen Unterstützung durch die Stadt Bremerhaven. Das neue Morgenstern-Museum als Stadtmuseum ist schnellstens komplett fertigzustellen. Für eine baldige Realisierung des der Stadt von einem privaten Stifter angebotenen Museums für moderne zeitgenössische Kunst bietet sich die landschaftlich entsprechend zu gestaltende Geestehalbinsel an. Für den Unterhalt und Betrieb dieses Museums, daß durch eine unabhängige Stiftung selbständig geführt werden soll, ist ein regelmäßiger städtischer Zuschuß sicherzustellen. Zum Zweck der herausragenden, überregionalen Kulturförderung sind auch Landesmittel in Anspruch zu nehmen. Die CDU will einen stärkeren Verbund aller Museen in unserer Stadt und der Region erreichen.

Da Bremerhaven an alter Bausubstanz relativ arm ist, kommt dem Erhalt und der Pflege alter Gebäude und Anlagen, insbesondere kaum veränderten Bauwerken mit baugeschichtlichem Charakter und zeittypischen Zweckbauten, unter denkmalpflegerischen Gesichtspunkten besondere Bedeutung zu. Das Amt des Landesarchäologen ist personell und materiell so auszustatten, daß auch in Bremerhaven die

Aufgaben zum Schutz und zur Erforschung unterirdischen Kulturgutes nach dem Landesdenkmalschutzgesetz erfüllt werden können.

Jugendmusikschule und Jugendwerk der bildenden Künste in Bremerhaven bilden eine dringend notwendige Ergänzung der in den allgemeinbildenden Schulen häufig zu kurz kommenden musischen Erziehung.

Wir wollen diese Einrichtungen aber auch für erwachsene Teilnehmer - gegen eine entsprechende Kostenbeteiligung - öffnen. Wir wollen darüber hinaus die Förderung und Unterstützung von Chören, Gesangvereinen und Musikgruppen intensivieren.

Kunst als Lebenselement darf sich jedoch nicht auf Museen, Ausstellungen und Konzerte beschränken; Kunst im öffentlichen Raum muß die Lebensräume in unserer Stadt mit prägen und gestalten. Kunst wird auch erlebt durch kulturelle Aktivitäten auf öffentlichen Plätzen in Form von Straßentheater, Kultur- und Straßenfesten, Musikveranstaltungen; verstärkt ist Kunst an oder in öffentlichen Gebäuden und auf öffentlichen Flächen zu realisieren, Architektur als künstlerischer Aspekt der Stadtplanung zu berücksichtigen.

Wir werden unter Beteiligung des Kreissportbundes und der Sportorganisationen einen Sportstättenleitplan für Bremerhaven erstellen, der neben einer Bestandserhebung und Bedarfsermittlung auch Ziele für die Entwicklung des Sports in Bremerhaven festlegt.

Die ISG Bremerhaven ist nicht nur die erfolgreichste Sportgruppe der Seestadt, son-

dem damit gleichzeitig auch ein wichtiger Werbeträger. Die CDU setzt sich dafür ein, die Trainingsmöglichkeiten der TSG so zu verbessern, daß sie den Leistungen der Tänzer besser gerecht werden.

Wir werden für die Errichtung eines norddeutschen Tanzsport-Leistungszentrums in Bremerhaven eintreten.

Viele Schulen in Bremerhaven befinden sich in einem besorgniserregenden, katastrophalen baulichen Zustand. Jahrelang wurden keine Instandhaltungs- und Renovierungsarbeiten vorgenommen.

Die Lehrerversorgung in den Bremerhavener Schulen ist nach wie vor unzureichend. Der Einstellungsstopp hat vielfach hohen Unterrichtsausfall verursacht. Zu viele Kinder in übervollen Klassenverbänden bei zu wenig Lehrerinnen und Lehrern, immer mehr "Problemkinder", seien es ausländische Kinder ohne ausreichende Sprachkenntnisse, verhaltensauffällige oder verhaltensauffällige Kinder, lassen Schule für viele Beteiligte immer häufiger zur Qual werden. Die Kollegien 'vergreisen', neue pädagogische Ansätze können keinen Einfluß finden. Die Konkurrenzfähigkeit der Bremerhavener Schulausbildung mit der in der übrigen Bundesrepublik ist in Gefahr.

Die Lehr- und Lernmittelfreiheit in Bremerhaven ist ausgehöhlt, veraltete und völlig abgenutzte Bücher sowie knappe Arbeitsmaterialien zwingen die Schüler in vielen Bereichen zu Eigenanschaffungen, ohne daß eine Kostenerstattung stattfindet.

VI. SCHULEN UND HOCHSCHULE

In unseren Schulen soll sich jeder wohlfühlen können, damit ein gutes Lern- und Arbeitsklima entsteht.

Wir wollen die Erstellung eines umfangreichen Sanierungsprogrammes für die Bremerhavener Schulen. Neben baulichen Aspekten und solchen der Ausstattung muß dabei auch das Problem der sogenannten Wanderklassen berücksichtigt werden.

In Bremerhaven darf keine weitere Schule mehr geschlossen werden.

Eine bessere Lehrerversorgung verhindert Unterrichtsausfälle und erhöht die Effizienz und Qualität der Ausbildung unserer Kinder.

Wir werden den Unterrichtsausfall durch bedarfsorientierte Neueinstellungen reduzieren. Wir wollen, daß der sogenannte Unterfrequenzabzug abgeschafft und voller Unterricht erteilt wird.

Wir wollen die gesamten Lehr- und Lernmittelbestände in einem Sonderprogramm erfassen, aktualisieren und vervollständigen. Jedes Kind soll mit den gleichen Büchern und Materialien lernen und arbeiten können.

Wir wollen wieder verstärkt begabungsgerechtes Lernen fördern. Statt an einer weiteren leistungshemmenden und kostspieligen Gesamtschule in Bremerhaven herumzuexperimentieren, wollen wir mit den vorhandenen finanziellen Mitteln lieber die bestehenden Schuleinrichtungen nach Kräften fördern.

Wir wollen an einem Bremerhavener Schulstandort wieder ein durchgängiges Gymnasium von Klasse 7 bis 13 einrichten. Dieses Gymnasium soll wahlweise auch bilingualen Fachunterricht anbieten.

Wir werden den Fremdsprachenunterricht fördern. Bilinguale Fächerangebote sind auch an anderen Gymnasien und Realschulen in Bremerhaven einzurichten.

Wir wollen, daß an mindestens einem Schulstandort wahlfreier Unterricht in einer dritten Fremdsprache ab Klasse 9 des Gymnasiums erfolgt. Wir wollen, daß auch an Grundschulen in Bremerhaven wahlfreier Englischunterricht erteilt wird.

Wir werden auch in Bremerhaven ein Angebot an freiwilligen außerunterrichtlichen Betreuungs- und Förderungsmöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler errichten. In Bremerhaven soll an jeweils einem Grundschulstandort eine volle Halbtagschule und an einem Standort der Sekundarstufe I eine Ganztagsbetreuungsschule eingerichtet werden. Diese Schulen sind frei wählbar. Das Betreuungsangebot findet klassen- und jahrgangsübergreifend von 7.30 bis 13.30 Uhr (Grundschule) bzw. 16.00 Uhr (Sek.I) statt, die bisherigen Unterrichtszeiten werden

nicht verändert. Es ist eine pädagogische Konzeption für freiwillige Betreuungs- und Förderungsangebote zu erarbeiten und eine entsprechende personelle, räumliche und sachliche Ausstattung sicherzustellen.

Die technische Ausstattung der beruflichen Schulen in Bremerhaven muß die technische und ökonomische Entwicklung in den Betrieben angemessen berücksichtigen.

Wir wollen die Entwicklung von neuen pädagogischen Methoden an den beruflichen Schulen stärker fördern. Projektorientierter, fächerübergreifender Unterricht, der Gestaltungsfähigkeit und ganzheitliches Lernen ermöglicht, sollte an einer Bremerhavener Berufsschule modellhaft erprobt werden.

Wir wollen, daß an den Bremerhavener Berufsschulen ausgebildete Sozialpädagogen und Berater eingesetzt werden, damit für die große Gruppe von Jugendlichen mit sozialen Problemen entsprechende Hilfestellungen geleistet werden können.

Die Hochschule Bremerhaven kann einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung der regionalen Wirtschaftsstruktur leisten.

Wir wollen die Hochschule zügig ausbauen, um einen verstärkten Wissenschafts- und Technologie-Transfer zwischen Forschung und Industrie zu ermöglichen.

Aus diesem Grund muß die sachliche und personelle Ausstattung insbesondere im Studiengang Fertigungstechnik verbessert werden.

Wir wollen Bremerhaven bei der Neueinrichtung von Studiengängen sowie bei der Schaffung von außeruniversitären Forschungseinrichtungen verstärkt berücksichtigen, insbesondere dann, wenn bereits ein entsprechendes infrastrukturelles, wirtschaftliches oder wissenschaftliches Umfeld in Bremerhaven vorhanden ist.

VII. JUGEND, GESUNDHEIT UND SOZIALES

Wir wollen, daß endlich ein Konzept für die kommunale Jugendarbeit in Bremerhaven entwickelt und zur öffentlichen Diskussion gestellt wird, bevor immer weiter Einrichtungen geschaffen werden, die erneut Gefahr laufen, sich zu Fehlplanungen zu entwickeln. Insbesondere werden wir freie Initiativen und Verbände in der Jugendarbeit stärker unterstützen und die Jugendarbeit dezentralisieren.

Drogenmißbrauch ist ein Problem, das nicht allein mit therapeutischen und repressiven Maßnahmen zu lösen ist. Präventive Maßnahmen, die dazu beitragen, den Einstieg in die Drogensucht zu verhindern und Abhängigkeit frühzeitig zu erkennen, sind ein gleichermaßen wichtiges Element verantwortungsvoller Drogenpolitik.

Wir werden der dezentralen Öffentlichkeits- und Präventivarbeit im Suchtbereich in Bremerhaven einen höheren Stellenwert als bisher einräumen. Drogenprävention muß dort angeboten werden, wo Jugendliche anzutreffen sind, also in Schulen, in Betrieben, Jugendeinrichtungen und Diskotheken.

Die Jugendbetreuung in Bremerhaven entspricht dem Stand der 60er Jahre. Mammuteinrichtungen wie die "Schleuse" oder das "Lehe-Treff" wurden ihren Ansprüchen nicht gerecht.

Der von der CDU lange geforderte Drogenhilfeplan ist vom SPD-Magistrat erst im Dezember 1990 im Entwurf vorgelegt worden. Dieser Plan zeigt, daß das Drogen- und Suchtproblem in Bremerhaven jahrelang unterschätzt oder heruntergespielt wurde.

Drogenpräventionsteams, wie sie für die fünf bremischen Stadtbezirke vorgesehen sind, sind auch in Bremerhaven einzusetzen. Die Aufklärungsarbeit an den Bremerhavener Schulen ist auszubauen, an allen Schulen ab Klasse 5 ist ein Vertrauenslehrer für Drogenfragen zu benennen, dessen Aus- und Weiterbildung auf dem Gebiet der Drogenprävention sicherzustellen ist.

Das Angebot an Kindergartenplätzen ist in Bremerhaven katastrophal. Die SPD redet auf Bundesebene vom Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz, handelt vor Ort jedoch nicht. In den Kindergärten fehlt es an ausreichender Betreuung; die Gruppen verfügen nur über eine Kraft. Aufgrund schlechter Verdienstmöglichkeiten ist die Ausbildungssituation schlecht, ferner fehlt es an Ganztagsstellen.

Wir wollen ein Sonderprogramm für Kindertagesstätten auflegen, mit dem Ziel, 440 neue Plätze zu schaffen. In den Stadtteilen Leherheide, Geestemünde und Wulfsdorf sind neue Einrichtungen zu errichten, Erweiterungen sind in Mitte und Surheide/Reinkenheide erforderlich. Durchgängig soll mit den Mitteln des Sonderprogrammes eine Versorgung mit zwei Kräften pro Gruppe ermöglicht werden. Bei diesem Programm sind auch die freien Träger zu berücksichtigen und finanziell zu unterstützen. Durch Verbesserung in der Stellenstruktur und -vergütung wollen wir die Ausbildung von Erziehern in Kindergärten sichern.

Wir wollen den gleichmäßigen Ausbau des Betreuungsangebotes für Senioren auch in bisher unberücksichtigten Stadtteilen wie Leherheide und Surheide vorantreiben.

Wir wollen, daß die Schwerbehindertenquote von 6 % auch von der Stadtverwaltung als größtem öffentlichen Arbeitgeber in Bremerhaven eingehalten wird.

Bei wichtigen öffentlichen Gebäuden, insbesondere dem städtischen Gesundheitsamt, sind umgehend behindertengerechte Umbaumaßnahmen einzuleiten. Bei der behindertengerechten

Einrichtung von Neu-, Um- und Erweiterungsbauten in öffentlicher oder privater Trägerschaft ist das Amt für Kriegsoffer, Schwerbehinderte und Unterhaltssicherung frühzeitig in das Bauantragsverfahren miteinzubeziehen, um Planungsfehler und kostspielige nachträgliche Um- und Einbauten zu vermeiden.

Nach dem Asylverfahrensgesetz ist das Land Bremen verpflichtet, 1,3 % der Asylbewerber, die im Bundesgebiet einen Asylantrag stellen, aufzunehmen. Tatsächlich halten sich jedoch in Bremen ständig weit mehr Asylbewerber auf, als nach dem gesetzlichen Verteilerschlüssel vorgesehen. Dieser "Überhang" an Asylbewerber belastet insbesondere die Sozialhilfhaushalte in Millionenhöhe und trägt überdies zu einer Verschärfung des Engpasses auf dem Wohnungsmarkt bei. Der SPD-Senat schiebt wiederum einen Teil seiner Asylbewerber nach Bremerhaven ab, wobei Bremerhaven faktisch überproportional belastet wird. Die Diskussion um das 'Asylantenschiff' im Bremerhavener Fischereihafen hat gezeigt, daß der Bremer Senat offensichtlich eine menschenwürdige Unterbringung und Betreuung der Asylbewerber nicht mehr gewährleisten kann. Soziale und menschliche Konflikte erheblichen Ausmaßes sind damit vorprogrammiert.

Die CDU wird den Abbau des Asylbewerberüberhangs durch unverzügliche Verlegung der Asylbewerber, die über die Quote im Asylverfahrensgesetz hinaus in Bremen leben, durchsetzen. Bremerhaven kann die enormen zusätzlichen Kosten für die überproportional zugewiesenen Asylbewerber nicht tragen. Die Überlastquote ist abzubauen und für die Verteilung der Asylbewerber ein Schlüssel von 4:1 im Verhältnis der Stadtgemeinden zueinander zugrunde zu legen, welches nicht nur die Bevölkerungszahlen, sondern auch die Belastbarkeit der jeweiligen städtischen Region berücksichtigt.

Herausgeber:

CDU-Landesverband Bremen

Am Wall 135

2800 Bremen 1

Telefon: (0421) 30 89 4-0

Telefax: (0421) 30 89 444

Druck: Offset Service Bremen